

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Tagesblatt Nieja,
Grunz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Nieja, des Finanzamts Nieja und des Hauptzollamts Nieja.

Postfachkonto: Dresden 1586
Großstraße Nieja Nr. 22.

A. 47.

Freitag, 25. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbekanntmachungen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieja. Umtätige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsschein und Verlag: Janger & Winterlich, Nieja. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Nieja; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Nieja.

Empfang der Reichsregierung durch den Verein Deutscher Zeitungsverleger.

10. Berlin, 24. Februar. Im Berliner Pressehaus, dem Hause des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, versammelte sich gestern abend auf Einladung des Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger eine Anzahl prominenter politischer Persönlichkeiten zu einem geselligen Beisammensein, das der Reichsminister, mehrere Reichsminister und eine Reihe hoher Regierungsbeamter mit ihrem Besuch auszeichneten.

Bei dieser Gelegenheit begrüßte während der Tafel der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Dr. Krumpholtz, die Gäste und betonte dabei, daß es im Beisein des Hauses und des Vereins liegt, die produktive Arbeit, auf die die Verlegerische Tätigkeit den höchsten Wert legt, zu fördern durch den Gedankenaustausch mit den führenden Männern der Regierung.

Reichstanzler Dr. Marx

erwiderte für sich und im Namen der Gäste und betonte, indem er auf die besondere Stellung und die Bedeutung der Presse im Staate einging, die Pflicht der Presse zu unerschütterlicher Neutralität, die Pflicht der Presse, ihre Grenzen festzustellen und in dem Rahmen der Verantwortlichkeit vor Staat und Volk. Damit kennzeichnete der Reichstanzler auch die großen Aufgaben des kommenden modernen Presserechts.

Hierzu machte der Reichstanzler im einzelnen folgende bedeutungsvolle Ausführungen: Die Neuordnung unserer staatlichen Verhältnisse bedingt auch eine Neuordnung der Beziehungen von Presse und Staat. Dabei denke ich nicht nur an die heute von niemand mehr bezweifelte Notwendigkeit einer möglichst weitestgehenden persönlichen Zusammenarbeit zwischen Presse und Regierung, sondern in Uebereinstimmung mit meinem Herrn Vorredner, auch an die großen gesellschaftlichen Fragen, welche auf dem Gebiete des Pressewesens der Lösung harren. Der zur Zeit der Reichstanzler vorliegende und demnachst an den Reichstag gelangende Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches berührt in mehr als einer Beziehung Probleme, die für die Presse unmittelbar von Bedeutung sind. Ich nenne nur die Frage der Verbesserung des Ehrenrechtes und die damit wiederum unmittelbar verknüpfte Regelung des Schutzes der Presse bei Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Recht, öffentliche Interessen wahrzunehmen, kann unter Tagespresse nicht länger vorzuzulassen bleiben. Aber auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß mit der Erweiterung des Rechtes der Kritik auch die sittliche Verantwortung der Presse eine wesentliche Steigerung erfährt. Keinesfalls liegen die Dinge bei der noch in Vorbereitung befindlichen Reform des deutschen Presserechts. Ich möchte hier zur Beilegung entstandener Irrtümern gleich vorweg bemerken, daß die Presse-Reform, nach dem, was ich mir aus dem Innenministerium habe berichten lassen, noch keineswegs feste Formen angenommen hat, sondern sich noch im Stadium der Vorbereitung befindet. Die besonderen Schwierigkeiten der die Presse betreffenden gesellschaftlichen Fragen erfordern ganz besonders umfassende und gründliche Beratungen. Nach eingehender Klärung der presserechtlichen Probleme des deutschen Rechts ist man zur Zeit damit beschäftigt, in Verbindung mit dem der hiesigen Universität angegliederten Institut für Internationales Recht das Presserecht sämtlicher Kulturstaaten zusammenzufassen und zu vergleichen, um auch die in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen nutzbar machen zu können.

Die Besorgnis, daß die Presse hier eines Tages übernahmenderweise vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, erscheint also nicht begründet. Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn die Presse so früh als möglich an der Reform des deutschen Presserechts durch Einbringung eigener Vorschläge mitarbeiten würde. Das Problem der Pressefreiheit ist unlösbar verknüpft mit der Erkenntnis der hohen moralischen Verantwortung, ohne die eine wirklich freie Presse auf die Dauer nicht bestehen kann. Erziehung des journalistischen Nachwuchses zu innerlich unabhängigen und verantwortungsbewußten Persönlichkeiten, Übung aller in der Presse tätigen geistigen Kräfte in ethischer und wirtschaftlicher Beziehung sind die Vorbedingungen für eine solche Entwicklung der deutschen Presse.

Ich weiß, daß auch Sie, meine Herren, diese Notwendigkeit seit langem erkannt haben und bin überzeugt, daß gerade Sie alles in Ihrer Macht Stehende tun werden, um dieses Ziel zu erreichen. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem wir mit Stolz sagen können, daß die deutsche Presse in allen diesen Beziehungen an der Spitze marschiert, wie sie es in diesem schon jetzt ist. Wenn es sich darum handelt, einer solchen geistig und ethisch hochstehenden Presse die Freiheiten zu sichern, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, werden Sie mich stets an Ihrer Seite finden. (Lebhafter Beifall.) Der Abend verlief dann unter lebhaftem Gedankenaustausch in erfreulichster und harmonischer Weise.

Suntshuanfang ermordet?

Berlin, 24. Februar. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur aus Kanton ist Suntshuanfang, der Verteidiger Schanghais, von zwei Studenten und einem Arbeiter ermordet worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht war noch nicht zu erlangen.

Die Verschärfung des englisch-russischen Konfliktes.

Eine Protestnote, die die englische Regierung jetzt nach mehrmaliger Ankündigung fertiggestellt hat, und in der eine Verwahrung gegen jede kommunistische Propaganda in England ausgesprochen wird, hat in der gesamten diplomatischen Welt Europas und Amerikas große Beachtung gefunden. Die englische Regierung hat den Millionenverlust, der ihr durch die lange Dauer des Bergarbeiterstreikes entstanden ist, noch immer nicht verwunden. Dagegen nach Abbruch der Streikbewegung sich eine innere Verletzung im englischen Gewerkschaftsleben einstellte, sah man doch weiter die Gefahren eines kommunistischen Einflusses und strebte mit allen Mitteln die Fernhaltung kommunistischer Propagandisten aus England an. Der russischen Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie den englisch-russischen Vertrag vom Jahre 1921, in dem Russland die Verpflegung übernommen hat, als letzter kommunistischer Propaganda zu entlasten, verstoßen habe. Die Moskauer Regierung hat auf diese Anschuldigungen bis zum heutigen Tage nur ein Briefchen geantwortet und nichts unternommen, um den Engländern Anhaltspunkte in die Hand zu spielen, die für die Unterstüßung der kommunistischen Idee durch den russischen Staat sprächen.

Die äußere Form der Note enthält nicht einen gewissen Schärfe. Sie darf aber nicht darüber hinwegsehen, daß England weniger an einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland als vielmehr an einer Einschränkung gelegen ist. Durch den Abbruch der Beziehungen erhöht die englische Wirtschaft einen zu harten Schlag, und es liegt der Londoner Regierung jetzt wieder besonders viel an der Kräftigung der englischen Wirtschaft und vor allem an der Erhebung des russischen Marktes, der ihr sowohl von der deutschen als auch der französischen Industrie freitrie gemacht wird. Für Deutschland hat die Ausbreitung des Konfliktes zwischen England und Russland eine größere Bedeutung, als man auf den ersten Blick glauben dürfte. In den letzten beiden Jahren hat man sich in Moskau darum bemüht, die deutsche Politik mehr auf den Osten zu konzentrieren, da die westliche Orientierung dem Freundschaftsverhältnis beider Staaten abträglich werden konnte. Die Folge der Rotenüberwindung wird eine weitere Verknüpfung der russischen Regierung sein, die vornehmlich den Engländern die Erstellung von wirtschaftlichen Konzessionen künftig sehr erschweren wird. Gleichzeitig wird man nach alter Gewohnheit von Deutschland verlangen, daß es sich gegenüber England äußerst zurückhaltend zeigen solle, welcher Wunsch natürlich nicht erfüllt werden kann, da jede Einmischung in die Verhältnisse anderer Staaten von der deutschen Regierung abgelehnt wird. Auf der anderen Seite wird man in London mißtrauisch die Handlungen Deutschlands überwachen, um an ihnen festzustellen, ob evtl. doch ein außenpolitischer Frontwechsel zugunsten Russlands vorgenommen wird. Für die Reichsregierung kommt es also darauf an, nach beiden Seiten ein gleichzeitiges Gesichts zu zeigen, während es der deutschen Wirtschaft durchaus in die Hand gegeben ist, sich fester in den Sattel zu setzen und den russischen Markt für sich zu gewinnen. Für Paris bedeutet die englische Note ein erfreuliches Zeichen dafür, daß England für längere Zeit durch die Wälder Sibiriens in Atem gehalten wird, wodurch eine Stellung in Europa ohne weiteres eine Schwächung erfährt. In London selbst ist man über die Regierungsaktion je nach der Parteirichtung geteilter Meinung. Die einen hätten gewünscht, die Beziehungen wären sofort abgebrochen worden, während der andere Teil die Schärfe rügt, in der die Zurückweisung russischer Propaganda erfolgt. Aus allen Pressestimmen geht aber unzweifelhaft hervor, daß der englische Schritt zur Zurückweisung des eigenen Landes erfolgt ist, und daß man die eigene Wirtschaft und die Selbstherrlichkeit nach Kräften schützen will. Nach außen hin wird Moskau höchstens den Empfang der Note bestätigen, sie im übrigen aber zu den Akten legen und es vorziehen, in den nächsten außerpolitischen Reden England die gewünschte Antwort zu erteilen.

Die Aufnahme der Note an Sowjetrußland im Unterhause.

London, 24. Februar. Die Nachricht, daß die Regierung eine Protestnote an die Sowjetregierung gesandt hat, verursachte gestern abend in den Wandelgängen des Unterhauses großes Aufsehen und wurde lebhaft erörtert. Es bestanden große Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Angemessenheit des unternommenen Schrittes. Die Auffassung der Konservativen scheint zu sein, daß die Regierung getan habe, was sie schon längst hätte tun sollen. Die Ansicht der Opposition fand ihren Ausdruck in der Bemerkung eines hervorragenden Mitgliedes der Arbeiterpartei, daß die Regierung es für ihre Aufgabe zu halten scheint, alle Märkte, die England besitze, für den englischen Handel zu schließen.

Englands Bereitschaft in der Abrüstungsfrage.

London, 24. Februar. Westminster Gazette zufolge wird die Antwort der britischen Regierung auf die Abrüstungsnotiz des Präsidenten Coolidge die Bereitschaft ausdrücken, in die vorgeschlagenen Erörterungen einzutreten. Die Admiralität vertritt jedoch den Standpunkt, daß kein so starkes Verhältnis wie das erörterte für die Kreuzer bestehen dürfte, die Großbritannien verwenden, um seine Reichstümer zu schützen, die weit größer seien, als die der anderen Länder. Kreuzer, die zur Unterstüßung von Schlachtschiffen verwendet wurden, könnten leichter in ein Verhältnis gebracht werden.

Zahlreiche konservative Mitglieder waren der Ansicht, daß die Note in ihrem Ton nicht entschieden genug sei und würden die Meinung aus, die Regierung hätte der Sowjetregierung erklären sollen, daß das Handelsabkommen keine Gültigkeit mehr haben werde, wenn die Propaganda nicht sofort ihre Ende finde. Es verstand, daß eine derartige Warnung während einiger Zeit von verschiedenen Ministern erzwungen wurde, daß aber im Hinblick auf die Schwierigkeit, die direkte Bereinigung der Sowjetregierung an der Propaganda zu bewerkstelligen, ein solches Verfahren schließlich nicht als empfehlenswert erachtet wurde.

Ob die Note im Unterhause zur Debatte kommen wird, steht noch nicht fest, aber jedenfalls dürfte Sir Anken Chamberlain mit einem wahren Jagelshauer Heiner Anfragen überschüttet werden.

Französische Zustimmung.

Paris, 24. Februar. Einige Blätter beschäftigen sich mit der Note der englischen Regierung an die Sowjetregierung. *Figaro* bezeichnet diese Note als einen Schritt, über den die Länder, die sich Allianzen hingeben hätten, nachdenken sollten, und der von ganz Europa beachtet werden müsse.

Canalis vertritt den gleichen Standpunkt und erklärt: Die Worte der englischen Regierung, die die Widerstände der Labour-Partei und einiger Liberaler überwunden hat, ist verdienstvoll. Sie bedeutet eine kraftvolle Reaktion des Landes gegen eine lange Reihe von Irrtümern, in die England hineingeraten ist, indem es als erster Staat die Sowjetregierung anerkannte. Unsere Staatsmänner mögen über dieses Beispiel nachdenken. Sie mögen die Bilanz ziehen, was Frankreich die Anerkennung der Sowjets eingetragen hat. Sie werden finden, daß die Hand Moskaus offen in Frankreich Korruption verbreitet und die Stimme von Moskau die Revolution predigt und den Klassenhaß verschärft. Man wird in Frankreich begreifen, daß die Sowjetregierung für die Zukunft Frankreichs noch größer ist als andere Gefahren, und daß man angesichts dieser Gefahren die Offensive ergreifen muß?

Der Eindruck der britischen Note in Moskau.

Moskau, 24. Februar. (Telunion.) Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung zu der britischen Note eine erläuternde Deklaration vorbereitet, die für die Sowjetunion und die verbündeten Republiken bestimmt ist. In dieser Deklaration soll betont werden, daß die Sowjetpolitik keineswegs aggressiv gegenüber England gemeint sei. Die Sowjetregierung habe wiederholt Versuche gemacht, mit der britischen Regierung zusammenzuarbeiten. Für den gegenwärtigen Stand der britisch-russischen Beziehungen müsse die britische Regierung die volle Verantwortung tragen. Das Fehlen einer rechtmäßigen bevollmächtigten Vertretung der Sowjetregierung in London und einer solchen der britischen Regierung in Moskau sei eine der Hauptursachen der Missverständnisse gewesen, die in den letzten Jahren zwischen England und Russland fortwährend stattgefunden hätten. Die in der Note angeführten Tatsachen seien unrichtig. Die Sowjetregierung habe gegen keinen einzigen Punkt der britisch-russischen Abkommens verstoßen. Nicht die Sowjetunion, sondern die britische Regierung habe wiederholt ihren Imperialismus in China und auch im übrigen Osten gezeigt.

Rechtlich dürfte auch die russische Antwortnote an England lauten. Die Tatsache, daß die britische Note am Tage der Feier der Roten Armee eingetroffen ist, wird von der Sowjetregierung zu Agitationszwecken ausgenutzt. Maßgebliche russische Kreise geben im übrigen nach der anfänglichen Bestürzung nunmehr vor, der britischen Note nicht die Bedeutung beizumessen, die zu erwarten war. Die anfänglich geplante Juräberufung Lichtichers nach Moskau soll unterbleiben.

In russischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die britische Note den Zweck verfolge, die russisch-französischen und die russisch-italienischen Beziehungen zu stören.

Ein Teil der russischen Presse der Hauptstadt bringt bereits Notizen über die britische Note. Die Note wird von der Presse mit derjenigen des englischen Außenministers Curzon verglichen, mit dem Unterschiede, daß die Curzon-Note einer Kriegserklärung gleichkommen sei, während die letzte Note nicht so wichtig sei. Die Presse betont die Friedensliebe der Sowjetregierung, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, daß kein Mensch den russischen Bürgern verbieten könne, ihre Sympathien für unterdrückte Völker zu bekunden. Die russische Presse stellt diese Note als einen Befund der britischen Regierung dar, einen Schlag gegen das Prestige der Sowjetregierung im Ausland zu fassen. Sie verlangt von der Sowjetregierung eine würdige Antwort.

Die liberale Parlamentspartei beschloß dem Blatte zufolge gestern, die Abrüstungsfrage im Zusammenhang mit der Note Coolidges im Unterhause am nächsten Donnerstag aufzuwerfen.

Marshall Sun nach Japan geflohen.

Nach einer Meldung aus Beking liegen dort Nachrichten aus japanischer Quelle vor, wonach Marshall Sun, dessen Armee infolge der letzten Niederlage praktisch nicht mehr bestünde, bereits am Dienstag nach Japan geflohen sei.

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Die... (Text fragment)

Der... (Section header)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) In dem... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Heute... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Das... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Der... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Das... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Stimmen.

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) In dem... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Heute... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Das... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Der... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Das... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Kunst und Wissenschaft.

Eine... (Text fragment)

Wochens... (Text fragment)

Warnung... (Text fragment)

Die Frage der freiwilligen Wehrdienst.

Berlin. (Funkfunk) Heute... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Die... (Text fragment)

Berlin. (Funkfunk) Das... (Text fragment)

Geistliches.

Wochens... (Text fragment)

Wochens... (Text fragment)

Wochens... (Text fragment)

Hotel Höpfner - Riesa

Große

Mode-Revue

Mittwoch, am 2. März 1927
nachm. ¼4 und abends 8 Uhr

ein Reigen neuester Modeschöpfungen der kommenden Saison
vorgeführt von prämierten Mannequins und Künstlerinnen Berliner Revuebühnen
unter Mitwirkung der Firmen:

Modehaus Max Oertel

Otto Margenberg — Pelze, Schirme, Herrenhüte
Martha Schier — Spezialgeschäft für Damenhüte
Kurt Zech — Moderne Frisuren für die kommende Saison
Karl Wiederhold — Schuhhaus — Neue Frühjahrsmodelle
Clemens Wolf — Offenbacher Lederwaren und Reiseartikel
Arthur Kuntzsch — Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Beleuchtungsausstattung:
Max Arnold
Elektrotechnische
Werkstätten

Bühnendekoration:
Louis Haubold — Spezialgeschäft f. Wohnungseinrichtungen, Dekorationen, Brautausstattungen
Blumendekoration: Alfred Büttner, Grosskulturen und Versandgärtnerei

Im bunten Teil: Erste Berliner Revuekünstlerinnen

Künstl. Leitung: Walter Köhn Ansager: Egon Mews Jazz-Kapelle: Himmeler

Eintritt: Reserv. Platz M. 1.50, unnum. Platz M. 1.00 incl. Steuer — Vorverkauf bei Ed. Wittig, Wettinerstr. 8, Tel. 445

Die Eintrittskarte wird bei den mitwirkenden Firmen
bei einem Einkauf von M. 20.00 an in Zahlung genommen

Die Ausstellung ist am 2. März bei freiem Eintritt von 12—3 Uhr zur Besichtigung geöffnet

Schüler-Klavervorträge

Gertrud Weife
Sonntag, den 27. Februar, 4 Uhr
im Saale des Hotels „Schöf. Hof“.

Achtung! Unwiderruflich das letzte Mal Blumen in Riesa, Markt.

Da ich am letzten Sonnabend wieder vollständig ausverkauft hatte, komme ich am Sonnabend noch ein letztes Mal wieder mit 3000 Stück Blumen der allerneuesten Farben und diesmal billiger, und zwar 5 Stück 1.— und 6 Stück 1.— zum Ausuchen solange Vorrat reicht. Also bitte die letzte Gelegenheit vor den Osterfeiertagen nicht unbeachtet zu lassen.
F. W. Müller.

100 Mk. abhlt Hersteller, wenn „Riesolda“ nicht in 5 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Fils-, Kleid-, Hübe (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Kleinvorkauf: Central-Drogerie Förster, Hauptstr. 67, Postf.

Seidenhüte

die große Frühjahrs-Mode.



Grösste Auswahl in allen Preislagen u. neuesten Formen

Mk. 3.50

Pflugk & Kaiser

Wettinerstr. 21, im Hofe.
— Kein Laden. —

Frische Trink-Eier!

Von morgen ab treffen wöchentlich dreimal größere Sendungen garantiert frische Sandeier (große Stück) zum billigsten Tagespreise ein. Beste Spezialwaare für Wiederverkäufer, Säler und Gastwirte.

Für Fastnacht empfehle La Pfannkuchen-Schmalz, Palmis, frische Sandbutter, feinst. Sandquark usw.
A. Zieger, Bahnhofstr. 20.

Haben Sie Stoff?

Vertice Ihnen Anzug oder Mantel nach genommenen Maß mit sämtlichen Zutaten für nur **29,00 Mark**

Garantiert guter Sitz!
Schneiderei B. Knie
Dresden-A., Gr. Brüdergasse 18.
Annahmestelle: Riesa: Hauptstraße 13, I. bei Frau Sperrlich.

Freibaut Riesa. Rindfleisch.

Wochenmarktschlagert!

Werkstoffe selbstmarinierte Riefenheringe 20 Stk. 20 Pf. Kollmühle, Cereale auf 10 Stk. Bitte Gefäße mitbringen!
Johannes John, Stand 1.

la fette Bücklinge

Rifte 5 Pf. 1.20, 2 Stk. große 25 Pf. Gratheringer, 22 Stk. 1.95, 10 Stk. süße Apfelkuchen 60 Pf., Zitronen, 5 Stück 30 Pf., Schmalz 85 Pf., Palmis 80 Pf., Rohschmalz 70 Pf., Margarine 60 Pf., Blumenkohl, 3 Stk. 1.—
10 St. neue Schottenheringe ca. 2 Pf. 1/2 Pf. nur 85 Pf.
Schneiderei Wettinerstr. 5 neb. Wett. Hof.

Schlepen Sie Ihre Einkäufe nicht auf! Sie kaufen bei uns jetzt noch sehr billig!



Auf alle Preise geben wir Rabattmarken

Tischtücher für Hotels, Gasthäuser, Private	130/225	130/160	130/130
	7.20	4.80	3.90
Betttücher, richtig groß, aus	Barchent	Leinen	Haustuch
	2.95	5.25	5.—
			2.40
Handtücher w. Halblein. ges. Küchenhandtuch	Frottehandtuch, gr. Ausw.		
Stück 85 Pf.	Meter 55 Pf.	1.90	1.70
		1.50	95 Pf.
Bettbezüge in Stangenleinen gebleicht	10.50		
in Stangenleinen roh	9.40		
in rot, kariert	6.90		
in Linen, gute Gebrauchsware mit 2 Kissen	6.90		
Rohbarchent und Rohnessel für Leibwäsche			
Barchent	160	140	86
	78	breit	
	1.30	1.10	90 Pf.
			1.60
			1.70
			65 Pf.
			40 Pf.
Nemdentücher	Taschentücher	Siekerellen	

!! Dekorierete und angegebene Posten von unserer weißen Woche besonders billig !!

Das gute Einkaufshaus für Stadt u. Land



Deutscher Reichstag.

von Berlin, 24. Februar.

Die zweite Sitzung des Haushaltsplans für 1927 wird fortgesetzt beim

Justizetat.

Rechtsminister Herzog dankt dem Abg. Dr. Kohl für die Wünsche aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Reichsjustizministeriums. Er erklärt ferner, es werde seine vornehmste Aufgabe sein, für die Wiederherstellung der deutschen Justizhoheit im besetzten Gebiet einzutreten (Weiß).

Der Redner beantwortet dann die kommunalistische Interpellation, die eine Amnestie für die wegen Abtreibung Verurteilten verlangt. Eine Kundfrage bei den Rändern Anfang 1926 hat ergeben, daß die verhängten Strafen zum weitaus größten Teil an der unteren Grenze des Strafmaßes blieben. Vom Gnadenrecht haben die Ränder weitestgehend Gebrauch gemacht. Eine erneute Anfrage beim preussischen Justizministerium ergibt, daß die Staatsanwälte nach Inkrafttreten der milderen Bestimmungen angewiesen wurden, zu prüfen, ob Gnadenersuche zu beantragen seien. Gnadenersuche sind in weitem Umfang ergangen bis in die neueste Zeit hinein. Danach liegt für eine Amnestie kein Bedürfnis vor. Den sozialdemokratischen Antrag, das Reichsgericht von allen Sachen erster Instanz (Schwurgericht) zu entlasten, lehnt der Minister ab, weil das die Rechtsprechung für den Richter zu einem großen Hindernis wäre. Auch die Wiederherstellung der Schwurgerichte bekämpft er; alle Länder, mit Ausnahme Hamburg, hätten sich für das erweiterte Schöffengericht ausgesprochen. Auch Preußen berichte, daß beachtliche Klagen darüber von seiner Seite unterbreitet worden seien. Für die Simultanzulassung der Anwälte erscheint dem Minister der Kompromißantrag Schulte als die bestmögliche Lösung. Die übrigen Anträge bittet der Redner zurückzustellen bis zur Strafrechtsreform (Weiß).

Abg. Brodau (Dem.) hat nicht kritisiert, daß die Richter die wirtschaftliche Umstellung zu spät berücksichtigt haben, sondern nur, daß sie sich nicht auf den neuen Staat einstellen konnten. Die Vertrauenskrise der Justiz kann man nicht mit einer Wandbewegung abtun, denn das Vertrauen aller Republikaner in die Rechtsprechung ist nicht etwa künstlich in das Volk hineingetragen worden. Der Redner führt zum Beweise dafür eine Reihe von Urteilen an. So sei z. B. der Fürst von Schwarzburg durch eine einseitige Verfügung verboten worden, Kunstwerke aus ihrem Schloß zu entfernen. Das Oberlandesgericht Rautenburg aber habe die Verfügung wieder aufgehoben mit der Begründung, das Land Thüringen könne sich ja selbst helfen, es brauche nur seiner Pflicht zur Rentensatzung gegenüber der Fürst nachzukommen. Auch die Staatsanwaltschaft erhebe Klagen immer nur gegen das Reichsbanner, nie gegen den Stahlhelm, sieht man nachweislich die ersten Tüchtigkeiten von den Dakenkreuzern ausgegangen seien.

Bezeichnend sei es, daß Marx sogar erklärt habe, er sehe von Anträgen auf Strafverfolgung gegen seine Reichstagsmitglieder ab, nachdem er so schlechte Erfahrungen mit der Justiz gemacht habe. Seitdem wir denationalistische Minister hätten, steige allerdings die Ministerkriminalität an. Die Minister seien schon fünf Monate Gefängnis wert geworden. An der Unabhängigkeit der Richter will der Redner allerdings nicht rütteln; entpolitisiert dürfe man sie aber nicht, man solle im Gegenteil in den Gerichtsbauten Leistungen aller Richtungen auslegen, damit die Richter sich politisch bilden können. Mit dem Antrag auf Wiedereröffnung der Schwurgerichte kann sich der Redner nicht befassen.

Abg. Hampe (D.-Dann.) erklärt, es gehöre ein eigenartiger Gedanke dazu, wenn ein deutscher Richter wie Herr Brodau als Abgeordneter durch seine Ausführungen sein eigenes Land beschuldige (Weiß, Beifall rechts). Der Redner dankt dem ehemaligen Justizminister Emminger für seine Reform. Emminger habe durch seine Verordnungen in ganz kurzer Zeit etwas geschaffen, was kein Reichstag je so schnell schaffen könne. Die Nachkriegszeit sei überstanden, jetzt müsse die Gelegenheitsgesetzgebung endgültig aufhören. (Abg. Emminger (Dann, Sp.): Sehr richtig!) Mit dem Bauernbund Bauernbund fördert der Redner die Wiederherstellung der Schöffengerichte an Stelle der Einzelrichter, er lehnt jedoch die vom Bauernbund Bauernbund verlangte Wiedereröffnung der Schwurgerichte ab. Die Kostenverschuldung müsse beseitigt werden. Die Rechtsanwaltschaftsbühnenreform sei zu weit gegangen. Wegen dem Kompromißantrag wegen der Simultanzulassung der Rechtsanwälte hat der Redner das Bedenken, daß dadurch unparteiliche Bestimmungen gefährdet werden. Eine Gehaltsreform hält er für notwendig. Die gemeinsame Aufhebung des deutsch-österreichischen Strafrechtswurfs begrüßt er als Stärkung des Anschlußgedankens. Bedauerlich sei nur, daß der deutsche Scheinföderalismus die Vorkämpfer des Scheinföderalismus habe. Die Justizhoheit des Reiches lehnt der Redner ab.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 3 Uhr; Justizetat; dann Arbeitsministerium und sozialdemokratischer Antrag gegen die Mieterhöhung.

Heute Freitag soll der Justizetat bis Ende beraten und dann der Etat des Arbeitsministeriums in Angriff genommen werden. Die Sozialdemokraten haben dazu beabsichtigt einen Antrag eingebracht, der sich gegen die von der Regierung beabsichtigte Mieterpreiserhöhung richtet und zu lebhaften Debatten führen dürfte.

Rechtliches Mitgefühl erregte im ganzen Hause die Mitteilung des Vizepräsidenten Eber, daß Verfallend Eber schwer erkrankt sei und sich einer Blinddarmentzündung unterziehen müsse. Unter allgemeinem Beifall sprach Eber den Wunsch aus, daß Eber baldigst seine volle Gesundheit wieder erlangen möge.

Abg. Berlin. Der geistige Donnerstag, an dem nur eine kurze Reichstags-Sitzung stattfand, wurde wieder für längere Fraktions-Sitzungen, interfraktionelle Besprechungen und andere Verhandlungen benutzt.

Reichsanwalt Dr. Marx empfing Vertreter der Organisation der Auslandsdeutschen, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hatte eine mehrstündige Besprechung mit den Sachverständigen der Regierungsparteien über die Arbeitslosenregulierung und Staatssekretär Pappe verhandelte mit den Regierungsparteien, später auch mit anderen Fraktionen über die Wehrverweigerer, deren Aufnahme von der Wirtschaftlichen Vereinigung energisch betrieben wird.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung beschäftigte sich in ihrer heutigen Fraktions-Sitzung mit laufenden Angelegenheiten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch kam zum Ausdruck, daß die gegenwärtig im Sozialpolitischen Ausschuss erörterten Anträge zur Erhöhung der Invalidenrente und Herabsetzung der Altersgrenze von der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt werden, ebenso wie die Wehrverweigerer; auch gegen die Kanalarb.-projekte dürfte die Wirtschaftliche Vereinigung Stellung nehmen.

Die interfraktionellen Besprechungen über das Arbeitslosenproblem

führten auch gestern noch nicht zu einem Ergebnis und wurden auf Freitag vertagt.

Reichstagspräsident Eber operiert.



(Berlin. Die Operation des Reichstagspräsidenten Eber, die gestern nachmittag im Beisein des Abgeordneten Dr. Moles von Gehelmarth Borchert vorgenommen wurde, fand zwischen 5 und 6 Uhr statt. Sie betraf die Diagnose der Herzgröße im vollen Umfang. Es handelt sich einerseits um ältere Verwachsungen, andererseits um eine frische, aber sehr schwere Entzündung des Blinddarms mit eitrigen Verfalls. Es war auch schon eine kleine Durchbruchstelle vorhanden. Die Operation, die dreiviertel Stunde dauerte, nahm einen guten Verlauf, doch läßt sich natürlich jetzt noch nichts voraussagen, zumal im Verlaufe des Nachmittags die Temperatur gestiegen war.

Das Befinden des Reichstagspräsidenten.

(Berlin. (Funfdruck.) Reichstagspräsident Eber hat eine ruhige Nacht verbracht. Sein Befinden ist zufriedenstellend.

Berlin. (Funfdruck.) Das Befinden des Reichstagspräsidenten Eber war am 9. Februar vormittags nach dem Befund der Herren Professor Dr. Rombel, Professor Borchardt und Dr. Moles folgendes: Das allgemeine Befinden ist zufriedenstellend, der Präsident hat gut geschlafen, Temperatur ist bedeutend heruntergegangen. Der Herzbefund ist ebenfalls zufriedenstellend, das Gesamtbefinden gibt zu günstigen Aussichten Veranlassung.

Ebers Befinden weiter zufriedenstellend.

Berlin. (Funfdruck nach 2 Uhr.) Die Untersuchung, die das Beratungskomitee heute mittag vorgenommen hat, ergab, daß das physische und psychische Befinden des Reichstagspräsidenten Eber auch weiter zufriedenstellend ist.

Der Reichstagspräsident erkundigt sich nach Ebers Befinden.

Berlin. (Funfdruck.) Der Reichstagspräsident hat sich heute früh durch Staatssekretär Reichner nach dem Befinden des Reichstagspräsidenten Eber erkundigt und die besten Wünsche für seine Beseitigung ausdrücken lassen.

Schreiben des Reichsanwalters an Eber.

Berlin. Der Reichsanwalt hat Reichstagspräsident Eber in einem besonderen Schreiben sein und der Reichsregierung größtes Bedauern zu der schweren Erkrankung ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Präsident bald wieder in Gesundheit und Frische seines wichtigen Amtes warten könne.

Amnestiefragen im Reichstagsauschuß.

Abg. Berlin. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung des Gesetzentwurfs über die Amnestierung für politische Verbrechen und Vergehen fortgesetzt.

Abg. Brodau (Dem.) erklärte, seine Freunde seien an sich Gegner einer neuen Amnestie. Die früheren Amnestiegesetze seien aber so einseitig ausgedeutet worden, daß ein gewisser Ausgleich erforderlich sei. — Abg. Hülse (Komm.) trug seine eigenen Erfahrungen in einem gegen ihn wegen Hochverrats eingeleiteten Verfahren vor, um die Notwendigkeit einer politischen Amnestie zu begründen. — Abg. Bauderitz (Dp.) erklärte, die Deutsche Volkspartei müsse es ablehnen, ein Amnestiegesetz mit dem Zweck der Korrektur von Reichsgerichtsurteilen zu beschließen. Notwendig sei allerdings eine Ueberprüfung der Verurteilungen, die auf Grund der früheren schärferen Fassung des Republikausgesetzes erfolgten.

Justizminister Herzog betritt, daß Ehrhardt ausnahmsweise auf behandelt worden sei, und daß aus diesem Grunde den etwa schlechter Behandelten geholfen werden müsse. Die Amnestierung von Ehrhardt sei automatisch nach der Annahme des Amnestiegesetzes eingetreten. Der Minister erklärte, er habe sich von selbst entschlossen, die Verurteilungen auf Grund des Republikausgesetzes einer Nachprüfung zu unterziehen.

Abg. Fleißner (Soz.) betonte, eine neue Amnestie sei notwendig, um Hilfe zu bringen den Opfern der sächsischen Rachejustiz, die nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen eingekerkert habe. — Abg. Wegmann (Zit.) erklärte, ausreichende Gründe für eine neue Amnestie lägen nicht vor. Das Zentrum habe keinesfalls die Amnestierung der Republikaner erreichen wollen. Wo Reichsgerichtsurteile als zu hart betrachtet werden, könne durch einzelne Begnadigungen geholfen werden. — Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bezeichnete die Amnestie in Thüringen als ganz unzureichend. Schon darum sei eine umfassende Reichsamnestie erforderlich. Das Reichsgericht gehe bei der Entscheidung über Revisionsanträge zu formalistisch vor. So sei eine Revision nur deswegen verworfen worden, weil der Verurteilte sich als Justizobersekretär und nicht ausdrücklich als Verurteilter auf dem Antrag bezeichnet hatte.

Justizminister Herzog erklärte, in dem zuletzt erwähnten Falle habe er sofort eingegriffen, und er werde auch in den Fällen, wo das Reichsgericht ähnlich formalistisch verfare, den Oberreichtsanwalt mit den nötigen Anweisungen für die Zukunft versehen. Eine Einmischung in das Begnadigungsrecht der Einzelländer müsse er ablehnen.

Der Ausschuss nahm schließlich einen sozialdemokratischen Antrag auf Vorlegung des einschlägigen Materials über die Reichsgerichtspräsidenten einstimmig an.

Demokratische Entschleunigungen.

Abg. Berlin. Die demokratische Reichstagsfraktion hat eine Entschleunigung eingebracht, die beim nächstjährigen Haushaltsplan einen wesentlichen vereinfachten Verwaltungs- und Organisationsplan für die Reichsmarine fordert. In

einer weiteren Entschleunigung wird die Reichsregierung erachtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Preise für die Eisenwaren seitens der gegenwärtig zur Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial angehaltenen Fabriken zu Selbstkosten zusätzlich eines festgesetzten Gewinnzuschlages berechnet werden, daß die Prüfung dieser Selbstkosten laufend vom Rechnungshof des Deutschen Reiches vorzunehmen ist, und daß die im Haushalt für die Umstellung der vorbeschriebenen Fabriken ausgeworfenen Summen, sofern sie einen dauernden Wertzuwachs der betreffenden Werke darstellen, lediglich als Darlehen gegeben werden.

Zur Erhöhung der geleblichen Miete.

Abg. Berlin. Das Reichskabinett hat bekanntlich durch eine Verordnung, die nach der Zustimmung des Reichstages bedarf, eine Erhöhung der geleblichen Miete um zehn Prozent vom 1. April ab und um weitere zehn Prozent vom 1. Oktober ab beschlossen.

Nach Paragraph 3 des Gesetzes über den Geldwertminderungsanspruch hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages die Mindesthöhe der geleblichen Miete einheitlich für das Reich festzusetzen. Vom Juni vorigen Jahres ab war eine gelebliche Miete von 100 Prozent der Vorkriegsmiete vorgeschrieben und eine Ueberhöhung dieses Satzes bis zum 31. März 1927 untersagt worden. Von diesem Zeitpunkt ab hält die Reichsregierung, wie uns von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, aus allgemeinen wohnungswirtschaftlichen Gründen eine Erhöhung der geleblichen Miete für angezeigt. Es soll durch Erhöhung der Miete in den alten Wohnstätten auf der einen Seite und durch Senkung der Miete für die Neubaugewohnungen eine mögliche Annäherung der beiden erreicht werden. Diese Annäherung ist die Voraussetzung für die Beseitigung der Wohnungswirtschaft, die die Reichsregierung erstrebt.

Durch die Erhöhung der Mieten in der Mitte des vorigen Jahres, durch die Aufhebung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, in dem der Wohnungsbau ebenfalls vorgesehen war und namentlich dadurch, daß von vielen Stellen Programme über Wohnungsneubauten aufgestellt wurden, sind die Bauhoffen in die Höhe getrieben worden, und es wird nach einer Senkung derselben getrebt werden müssen. Die Reichsregierung betrachtet die Höhe der Mieten in den Neubaugewohnungen nicht etwa als eine Norm, um danach die Mieten in den alten Wohnstätten zu richten, aber die letzte Festsetzung einer weiteren Mieterhöhung ist aus wirtschaftspolitischen Gründen erfolgt, damit die Wirtschaft weilt, woran sie ist und namentlich sich danach in ihrer Lohnpolitik für Anwerbe und Arbeiter richten kann. Bis zum 1. April 1928 wird keine weitere Mieterhöhung eintreten. Die Verteilung der Erträge aus der Mieterhöhung ist Sache der Länder, und die Reichsregierung würde es liebhaft begrüßen, wenn ein Teil der Mieterhöhung aus dem Wohnungsbau angeführt würde.

Lagung in der internationalen Handelskammer.

Paris. (Funfdruck.) Bei einem Bankett der internationalen Handelskammer führte Sir Allan Anderson in einer Rede aus: In Friedenszeiten ist der Mann jenseits der Grenze sein Feind, den man tötet, sondern der Mann, dem man Waren verkauft oder dem man Waren abkauft, wobei ein Genosse als ein Konkurrent, und der Wohlstand des einen hilft den Wohlstand des anderen aufbauen. Wir müssen die öffentliche Meinung der Welt zu der Wahrheit führen, daß der Handel keine Wohlthaten dem Käufer wie dem Verkäufer zuteil werden läßt, und daß unsere wirtschaftliche Gesundheit leidet, wenn unsere Nachbarn krank sind. Unter den Zolltarifen bestehen noch andere schädliche Beschränkungen, die Wege zu Wasser und zu Lande sind noch überall durch Formalitäten aller Art behindert und machen unseren Warenaustausch zu kostspielig. Auch werden die Grundlagen des Handels noch immer durch verschiedenen Währungen erschüttert. Das alles muß beseitigt werden.

Schleimart Franz von Wendelslohn beleuchtete die erste vom Geiste der Solidarität beherrschte Arbeitsweise der internationalen Handelskammer und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie durch diesen Geist der Solidarität für den Frieden wirken könne, unter dessen Herrschaft allein Handel, Arbeit und Industrie gedeihen.

Die neuen Zollbesprechungen.

Abg. Berlin. Im Reichsministerium haben, wie wir hören, in der letzten Zeit wiederholt Besprechungen landwirtschaftlicher Vertreter über Zollfragen stattgefunden. Der Zweck dieser Unterredungen lag darin, die Einfuhr von Frühgemüse zu erleichtern, um der heimischen Landwirtschaft die Hauptverforgung des deutschen Marktes zu überlassen. Der Reichsministeriumsminister wird den Parteien in den nächsten Wochen, aber noch vor der Frühjahrserte, bestimmte Vorschläge für den Zoll auf landwirtschaftliche Produkte übermitteln, und es scheint nach den Verhältnissen die Aussicht zu bestehen, daß eine kleine Erhöhung der Zölle nach Ablauf des erächtigsten Zolltarifes vorgenommen wird.

Ministerpräsident Braun über den Deutschen Einheitsstaat.

(Berlin. Auf Einladung der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten hielt der Preussische Ministerpräsident Braun gestern in der Universität einen Vortrag über den Deutschen Einheitsstaat, in dem er, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, ausführte, es sei der Nationalversammlung gelungen, gewisse Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens für das ganze Reich einheitlich zu gestalten, an der Wiederrichtung des Reiches in Einzelstaaten jedoch habe die Verfassung nichts geändert. Das völlig verarmte und von hohen Kriegslasten bedrückte Deutschland könne sich den Luxus eines so teuren und unzweckmäßigen Staatsaufbaues für die Dauer nicht leisten. Wir hätten in Deutschland außer den Reichsministerien 18 Ministerien mit insgesamt 58 Ministern, zu denen noch die 42 Senatoren der drei Stadtstaaten kommen, ferner 17 Landesparlamente und 17 Reichsstadtparlamen. Das alles kostet dem deutschen Volke etwa 15 Millionen, ferner ein Wehr an Verwaltungsausgaben, das mit dem zehnfachen dieser Summe sicher noch zu niedrig gewährt sei. Ob die Länder als Zwischentufen noch weiter notwendig seien, das sei die Frage, die entschieden werden müsse. Als einzig praktisch durchführbarer Weg schwebte ihm das folgende vor: Das Reich müsse alle Möglichkeiten, die ihm die Reichsverfassung auf legislativem wie administrativem Gebiete abt, restlos ausschöpfen, was allerdings in einer die Länder finanziell bedrückenden Weise geschehen müsse. Dann würden die Länder allmählich ihrer Eigenstaatlichkeit enteignet und tatsächlich zu Verwaltungsorganen herabgedrückt werden. Sollte die Umgestaltung Schwierigkeiten machen, so würde eine Volksbewegung gegenüber allen kleinsten Partikularismen entzündet werden können. Das Deutschland der Zukunft müsse nach einem Worte des Reichsministers Dr. Brüch ein deutsches Deutschland sein.

Die Lage in Shanghai.

London. (Funknachricht.) Daily Express berichtet aus Shanghai, daß dort gestern Abend große Panik herrschte. Die Ausländer, die außerhalb der Niederlassungen leben, wurden um 8 Uhr nachmittags durch einen Aufruhr gezwungen, sich zu retten, um sich ungeschädigt in die Niederlassungen zurückziehen zu können. Verletzungen für ihre Unterbringung sind getroffen worden. Es haben mehrere Verhaftungen von Matrosen stattgefunden, während Panikmengen außerhalb der Niederlassungen auf den Straßen hin und her liefen, um Ausgrabungen zu verhindern. Ein Zusammenstoß mit zurückgehenden Truppen fand bei der Südbahnstation eine halbe Meile östlich der Eingeborenenstadt statt. Eine Schloß in Shanghai wird unmittelbar erwartet. Die Truppen des Generals Sun haben in Sunghang 20 Kilometer von Shanghai campiert.

Der Vorbericht Zhangfangungshang nach Shanghai.

London. (Funknachricht.) Ein am Mittwoch abgegangenes Telegramm des Sonderberichterstatters des Chicago Tribune in Shanghai besagt: Die Zhangfangungshang haben das Heer nach Shanghai geschickt. 2000 von ihnen sind heute Abend mit der Bahn aus Hankow eingetroffen. Die Truppen wurden sofort nach Sunghang gebracht, um Marischall Sunghang demobilisierte Heere, die sich jetzt vor den Hauptstädten zurückziehen, zu verhaften. Berichte aus Hankow zufolge hat General Zhangfangungshang vollständig den Befehl der nördlichen allerersten Streitkräfte übernommen und wird hier mehr als 30 000 Truppen innerhalb der nächsten Tage zusammenhaben, darunter 2000 europäische Kräfte. Es ist so gut wie sicher, daß Marischall Sunghang jetzt tatsächlich ausgeschaltet ist. Die Ankunft des Generals Zhangfangungshang in Shanghai beweist seine Absicht, die Stadt zu halten.

Politische Tagesübersicht.

Seine västliche Reichstagsfraktion mehr. Der national-liberalen Abg. Straßer hat, wie wir hören, seinen Austritt aus der Fraktion der Völkischen Arbeitsgemeinschaft erklärt mit der Begründung, daß er sich durch den Artikel des Abg. v. Mann in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 17. d. M., wegen der darin enthaltenen Behauptungen über das Verhalten von Hitler zur Großindustrie persönlich verletzt fühle. Durch diesen Austritt hat die völkische Fraktion an Macht die Fraktionsstärke verloren.

Der Eisenbahnbau im Saargebiet. Der Plan, eine internationale Volkseisenbahn von 800 Mann als Eisenbahnbau zur Sicherung des Durchgangsverkehrs durch das Saargebiet als internationale Volkseisenbahn in diesem Gebiet anzulegen, ist bereits im Herbst v. J. in Genf ausführlich erörtert worden, und es bestand Übereinstimmung darin, daß diese Frage jetzt gelöst werde. Der Völkerbund hat anerkannt, daß die letzten Zustände im Saargebiet illegal sind und der Wiederrückkehr bedürfen. Es ist aber zu befürchten, daß die 800 Mann Eisenbahnbau nicht in Kasernen, sondern in Bürgerkasernen untergebracht werden, sobald die Bevölkerung dadurch noch mehr Schaden als durch eine eigentliche Besetzung haben würde. Es ist daher dringend zu wünschen, daß bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in Genf diese Angelegenheit zur Erörterung gebracht wird.

Tariffrage im saarländischen Bergbau. Die französische Bergverwaltung hatte für heute die Vertreter der Gewerkschaften zu Besprechungen der Lohnfrage im Saarbergbau eingeladen. Ebenso wie der Arbeitgeberverband der Saarindustrie machten auch die Vertreter der Bergverwaltung den Vorschlag, am 15. März einen Lohnabbau von 2 Prozent einzutreten zu lassen, was damit begründet wird, daß am 1. März eine Ermäßigung der Kohlenpreise um 18,5 Prozent eintrete. Da die Vertreter der Gewerkschaften die Forderung der Bergverwaltung bestimmt ablehnten, hat die Bergverwaltung den Lohnabbau zum 15. März gekündigt.

Der blutige Mann im Belgrad Parlament. In der gestrigen Sitzung der Sepschina ereignete sich nach einer Redingung der Völkischen Zeitung aus Belgrad ein großer Skandal. Auf der Tagesordnung stand die Anklage der Radikale Partei gegen den Innenminister Rastkovic wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt. Als der Minister seine Verteidigungsrede begann, trugen die Abgeordneten der Opposition einen nach dem Mann in den Sitzungssaal, dessen Körper über und über blutig geschlagen war. Der Mann soll in der Nacht von einem Beamten der Belgrader Polizei ermordet worden sein, nachdem er sich weigerte, sich einer Vernehmung zu unterziehen, infolgedessen aber auch verurteilt wurde. Die oppositionellen Abgeordneten riefen dem Minister zu: „Da haben Sie die Dokumentation der Anklage!“ Unter ungeheurem Tumult mußte der Präsident die Sitzung unterbrechen. Die Regierung berief sofort eine Konferenz mit den oppositionellen Parteiführern ein. In politischen Kreisen hält man auch der Meinung des genannten Mannes die Stellung des Innenministers für unzulässig.

Russische Propaganda gegen die deutsche Sozialdemokratie. Die russische Presse hat ihre Kampagne gegen die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichungen der deutschen Sozialdemokratie über die russischen Befreiungen für die deutsche Reichswehr das Ziel verfolgen, die deutsch-russischen Beziehungen zu trüben. Die Sozialdemokratie, so wird weiter betont, lenke in ihrem Kampf gegen die deutschen Kommunisten keine Grenze an Übertrage die Bekämpfung der kommunistischen Partei auf reine Staatsangelegenheiten. Keine Aufhebung des Ausnahmehandels im Ostpreußen. Wie die Deutsche Volk in Truppen eintritt, entsprechen die Nachrichten über die Aufhebung des Ausnahmehandels für das Ostpreußen Ländchen nicht den Tatsachen. Der Minister hat lediglich die Stellung eines Bevollmächtigten Kommissars für das Ostpreußen Gebiet angedeutet und dessen Funktionen dem schließlichen Bundespräsidenten übertragen. Es ist somit ein Titel angedeutet, im übrigen bleibt jedoch der übliche Zustand unverändert.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Frage deutscher Industrieller nach Rom hängt mit der Aufhebung des deutsch-italienischen Handelsvertrages und mit dem westeuropäischen Schutzbund zusammen. Die deutschen Industriellen wünschen die weitere Ausdehnung des Handels auf die übrigen europäischen Länder, damit die freie Konkurrenz nach Möglichkeit unterbunden wird. Außerdem hat die Praxis des deutsch-italienischen Handelsvertrages eine Wenderung in den Tariffragen für Industrieerzeugnisse wünschenswert erscheinen lassen, und es ist nun Aufgabe der Industrievertreter, die möglichen Wänderungen mit der italienischen Industrie durchzuführen.

Die Rote Armee feiert ihr neunjähriges Bestehen in Moskau. Aus Moskau wird gemeldet, daß gestern große Feiern stattfanden anlässlich des neunjährigen Bestehens der Roten Armee stattgefunden haben. Auf dem roten Platz in Moskau fand vor dem Kriegsminister Borodkoff, sämtlichen Mitgliedern der zentralen Vollauskommission und der Sowjetregierung, sowie in Anwesenheit des ganzen diplomatischen Korps, eine Parade sämtlicher Truppenteile der Moskauer Garnison statt. In der Parade beteiligten sich alle Waffengattungen der Roten Armee. In einer besonderen Aufzeichnung hat Kriegsminister Borodkoff, die nun hier

Waffenparade vor dem Roten Platz in Moskau. Die Rote Armee feiert ihr neunjähriges Bestehen in Moskau. Auf dem roten Platz in Moskau fand vor dem Kriegsminister Borodkoff, sämtlichen Mitgliedern der zentralen Vollauskommission und der Sowjetregierung, sowie in Anwesenheit des ganzen diplomatischen Korps, eine Parade sämtlicher Truppenteile der Moskauer Garnison statt. In der Parade beteiligten sich alle Waffengattungen der Roten Armee. In einer besonderen Aufzeichnung hat Kriegsminister Borodkoff, die nun hier

aus dem preussischen Staatsrat. Der uralte Staatsrat wurde am Donnerstag einer Novelle zum Aufhebungsgesetz zum Finanzministergesetz vom 5. Mai 1926. Die Novelle ist erlassen worden, da der große Finanzministergesetz auf ein weiteres Jahr verschoben werden ist. Anzunehmen wurde weiter ein Antrag, der das preussische Staatsministerium ersucht, eine Gesetzesvorlage zur Abwicklung der Geschäfte an den Landtag zu bringen, die nach dem Grundgesetzverstoß nach der Genehmigung bedürfen. Auch den Reichsminister über die Berechtigung von Staatsminister zur vorübergehenden Führung der Geschäfte auf dem Gebiet des Finanzministeriums und für Landesverwaltungsarbeiten an der Reichsregierung in den Reichsminister Geschiebe und Reich wurde zugestimmt. Die nächste Sitzung des Staatsrates wurde auf den 22. März festgesetzt.

Manöver bei Jassoff. — Der Gesandte nach Berlin abgereist. Der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufner, ist gestern Abend um 9 Uhr nach einer einwöchigen Unterredung mit dem Außenminister Jassoff nach Berlin abgereist. Die Verhandlung soll Jassoff bei der Unterredung erklärt haben, daß eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen nur erfolgen könne, wenn die Initiative dazu von deutscher Seite ausgeht.

Glückliche von sechs Kommunisten im Urteil. Das Präsidium des Generalvollstreckungsausschusses der Sowjetunion hat das Verhandlungsurteil von sechs Kommunisten, die in Jassoff zum Tode verurteilt wurden, abgelehnt. Das Urteil wurde gestern in der Nacht vollzogen.

Ein merkwürdiges französisches Mittelstück. Am Quai d'Orsay teilte man der französischen Presse mit, daß eine günstige Wendung in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu erwarten sei.

Währungsreform der Stadt Berlin. Wie der Berliner Magistrat mitteilt, weist der Haushaltsplan für 1927 nach Berücksichtigung in zweiter Lesung einen Selbstverbrauch von 27 Millionen an.

Deutscher Industrie für den Rückblick an Deutschland. In dem Bericht des Vereins der Oesterreichischen Montan-, Eisen- und Maschinenindustrie für das Jahr 1926 wird die Frage einer eventuellen deutsch-österreichischen Zollunion, beim des Anschlusses an Deutschland behandelt. Danach heißt es, daß die gesamte Kohlen- und Eisenindustrie Oesterreichs nur in dem Anschluß an Deutschland das Mittel sehe, um die trostlose Situation der österreichischen Industrie zu beheben, und daß daher die Bestrebungen zu fördern seien, besonders diejenigen, die für ein Uebergangsstadium vorgehen seien und eine Anpassung der österreichischen Arbeitsverhältnisse und Gesetzgebung an die reichsdeutsche ermöglichen.

Marineebatte im Haushaltsausbau.

Abg. Berlin. Der Haushaltsausbau des Reichstages begann am Donnerstag die Besprechung des Marineetat.

Berichterstatter Abg. Stöckel (Soz.) gab eine Uebersicht über die Mehrforderungen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 25 Millionen Reichsmark, die in der Hauptsache auf Erneuerungsarbeiten entfallen. Ob wir weiter in diesem Tempo fortfahren können, sei zu überlegen. Einige neu geforderten Stellen seien entbehrlich, zwei Ministerialdirektoren seien für die Marine nicht nötig. Der Bedarf antiepublizistischer Bestrebungen in der Marine müsse gestrichelt werden.

Abg. Erling (Frl.) erklärte, die starke Kritik an der Gesamthöhe der Ausgaben sei bei genauer Nachprüfung nicht berechtigt. Angesichts der großen Zahl der Maßnahmenentwürfe entstehe die Frage, ob es nicht rationeller sei, überalterte Schiffe lieber aus Dienst zu stellen, anstatt sie immer wieder instand zu setzen. Ueberflüssige Offiziersstellen seien natürlich nicht zu bewilligen. Der Beamtenapparat im Ministerium erscheine zu hoch.

Reichswehrminister Dr. Gehler äußerte sich über die Beschlüsse der Marinekommission. Er erklärte, daß die Beschlüsse der Marinekommission die Ansicht in die Welt zu setzen, daß die Marine ein wichtiger Bestandteil der Wehrmacht sei. Die Marinekommission habe die Aufgabe, die Marine zu modernisieren und zu vergrößern. Die Marinekommission habe die Aufgabe, die Marine zu modernisieren und zu vergrößern.

Abg. Eggert (Soz.) behauptete, daß heute, die sich Altmetalle hätten zu kaufen kommen lassen, noch von der Marine beschäftigt würden. Der Verlust des Seewerkschiffes habe böses Blut gemacht. Der jährlich steigende Marineetat bedeute eine hohe Belastung des Gesamthaushalts. Eine Flotte, die die Heimat schützen soll, brauche keine ausgedehnten Auslandreisen zu machen.

Abg. Treuburg (Komm.) erklärte, daß man die Kosten für die Marine sparen könne. — Abg. Dr. Schreiber (Frl.) betonte den hohen Wert der Auslandsfahrten unserer Kreuzer für die Mannschafft und für die deutsche Weltgeltung. — Abg. Könnert (Dem.) bewies die Wichtigkeit der bisherigen Flottenpolitik. Von Sparsamkeit sei im Marineetat nichts zu merken. Seine Freunde würden die Beschlüsse beantragen, wenn sie sich auch über den Erfolg ihrer Anträge keinen Illusionen hingeben. Ganz ausserordentlich hoch seien die einmaligen Ausgaben, namentlich für Neubauten und Ausrüstung der neuen Kreuzer. Der Seiner befristete die Resolutionen seiner Partei und befragte die Verminderung der Dedoffiziere, die sich doch in den schwersten Zeiten für die Republik gekämpft hätten. Die Anträge über Vergrößerung der Marine mit gewissen Vorbehalten, insbesondere mit dem leistungsfähigen Jagdflugzeug, dargestellt werden. Die Abg. Treuburg (Komm.) und Bräunighaus (D. Fr.) betonten, daß die Angriffe auf die Marine ungeschickter wären und rechtfertigen den geforderten Kostenanstieg für Neubauten.

Reichswehrminister Dr. Gehler betonte, daß ein großer Teil der Aufwendungen für Meer und Marine wieder der allgemeinen Volkswirtschaft zullege. Gerade die hochqualifizierte deutsche Industrie für Optik und seine Instrumente werde durch die Aufträge der Marine gefördert. Der Wunsch möge also nicht verfehlen, daß er bei der Bewilligung der Marine-Etatgeber auch ein gutes Stück sozialer Arbeit leiste.

Die Beratung wird heute Freitag fortgesetzt.

Unwahre Behauptungen des Abg. Siekmann.

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: In der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 22. Februar hat bei der Besprechung der Frage über die Abhaltung des X. Reichstages der nächste Landtagstagung der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Siekmann unter anderem die Behauptungen ausgesprochen, daß

1. die Reichswehr sich nicht mehr als ein bloßes Instrument der Politik und nicht als ein selbständiges Organ betrachten lassen könne.

2. daß die Volkspartei in Chemnitz aus dem gleichen Kalkül ebenfalls vertrieben werden sei.

Die sofort aufgenommenen Erklärungen über die Besprechungen des Abg. Siekmann haben folgendes ergeben: Zu 1: Nach § 17 des Grundgesetzes vom 11. März 1921 hat die Reichswehr im Falle öffentlicher Notstände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung auf Anforderung der Landesregierungen und der von diesen bestimmten Behörden Hilfe zu leisten, wenn die eigenen Kräfte der Landesregierungen nicht ausreichen. Selbstverständlich militärisches Eingreifen ist nur zulässig, wenn die Behörden durch höhere Gewalt außer Stande gesetzt sein können, das militärische Eingreifen herbeizuführen oder wenn es sich um Verhinderung von Angriffen oder Widerstandshandlungen gegen Teile der Reichswehr handelt.

Ein Verstoß gegen die Reichswehr ist weder von der Landesregierung noch von irgendeiner Landesbehörde geteilt worden.

Nach Mitteilung des Vertreters des Reichswehrkommandos hat dieser von den Ausperrungen in der Reichswehrindustrie lediglich aus der Zeitung Kenntnis erhalten und gar keinen Kalkül gehabt. Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen. Daraus ergibt sich, daß die Behauptung des Abgeordneten Siekmann jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

Zu 2: Auch die weitere Behauptung, daß die Volkspartei in Chemnitz vertrieben worden sei, ist völlig aus der Luft gegriffen, denn das Ministerium des Innern, das allein zur Entscheidung von Verhaftungen befähigt ist, hat keinerlei derartige Maßnahmen verfügt. Auch das Polizeipräsidium Chemnitz hat keinen Kalkül gehabt, vorübergehende Maßnahmen irgendwelcher Art zu ergreifen oder auch nur eine erhöhte Bereitschaft der vorhandenen Volkspolizei anzuordnen.

Die Frage der Gesamtbekämpfung Deutschlands aus dem Dawesplan.

New York. In einer Erwiderung auf den im Berliner Tageblatt erschienenen Artikel Derwurz meint New York Times, es sei nicht ganz richtig, wie Derwurz bei der Interpretation der normalen Dawesplan von 14 Milliarden an einer Gesamtbekämpfung Deutschlands von 14 Milliarden ansetze. Die Berichte des Generalagenten für die Reparationszahlungen ergeben keinen Anhalt für diesen Betrag. Die höchste Belastung des Gesamtjahres 1926/27 wurde aber 10 Milliarden betragen. Das diesjährige deutsche Budget ergab pro Kopf eine Belastung von 22 Dollar gegen 40 in Frankreich. Selbst beim Einschreiben der vollen Dawesplan würde der deutsche Steuerdruck kleiner sein als der französische.

Kommentar des NYT: Die New York Times überlegt, daß bei Festsetzung der Gesamtbekämpfung Deutschlands nicht nur der Reichshaushalt, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden berücksichtigt werden müssen, was in dem Derwurz'schen Aufsatz aufreißend gefehlt ist. Die Belastung der Pro-Kopf-Belastung ist, was auch in Amerika bekannt sein dürfte, als völlig belanglos anzusehen, da die Frage der belastenden Steuerverteilung so schwierig ist, daß praktische Ergebnisse mit einer so primitiven Methode nicht erzielt werden können. Im übrigen stimmen die angeführten Vergleichszahlen der deutschen und französischen Steuerbelastung schon deshalb nicht, weil auch hierbei lediglich die Belastung des Reichshaushalts berücksichtigt worden ist. Nicht man die Gesamtbekämpfung, also auch die Steuern der Länder und Gemeinden in diesem Jahre in Betracht, so ergibt sich eine höhere Pro-Kopf-Belastung in Deutschland als in Frankreich.

Uebergänge der polnischen Postbehörde in Danzig.

Aufnahme eines privaten polnischen Telegraphenverkehrs durch Polen.

Danzig. Gemäß Artikel 54 des provisorischen Abkommens vom 22. April 1920 ist für Polen eine unmittelbare telegraphische Verbindung zur Vermittlung der polnischen Amtskorrespondenz von Danzig für das hiesige polnische Konsulat zugelassen. Abgesehen davon, daß ausdrücklich nach dem Wortlaut dieses Abkommens die Abwicklung jedes privaten Verkehrs in dieser Verbindung unterbleiben soll, hat Polen dennoch den privaten Telegraphenverkehr in dieser lediglich für die polnische Amtskorrespondenz bestimmten Verbindung aufgenommen und ihn inzwischen soweit ausgebaut, daß nunmehr mehr als die Hälfte des gesamten Danzig-polnischen Telegrammverkehrs, etwa 500 Telegramme täglich, auf diese ganz zu Unrecht noch bestehende polnische Telegraphenverbindung abgesetzt wird. Danzig erleidet dadurch einen erheblichen Gebührenaussfall von etwa 10 000 Gulden monatlich. Im Danziger Volkstage liegt wegen dieser Zustände bereits eine Anfrage vor, in der gefragt wird, ob dem Senat dieser rechtswidrige Zustand bekannt ist und was er zu seiner Beseitigung zu tun gedenkt.

Bermischtes.

Schneefälle in Oberitalien. Die Blätter Rom melden häufige Schneefälle in Norditalien. In Bergamo und in den umliegenden Tälern liegt der Schnee so hoch, daß die Eisenbahnen mit größten Bespähungen entgroßen sind. Auch auf den Bergen und in den Tälern von Becco und Biacanga liegt der Schnee 30-70 Zentimeter hoch.

Eislaufen auf der Weichsel. Das Eis auf der Stromweichsel ist zum Stehen gekommen, so daß jetzt Eisberghöhe von einzelnen Durchfahrten der Schwemmhör bis oberhalb Dirschau eingetreten ist. Das Eis hat teilweise eine Stärke bis zu 3 Meter. Die Eisbrocken sind vergeblich bemüht, für die Verbindung der beiden Ufer Fahrinnen zu schaffen. Der Fahrbetrieb ruht.

Der Orient im tiefen Schnee. Wie aus Rom gemeldet wird, liegt in Ostitalien der Schnee stellenweise drei Meter hoch, so daß der Luftverkehr nach Europa starke Unterbrechungen erleidet.

Wäffe in Steiermark? In den Wäldern des Steirerwald sind in der vergangenen Woche 41 Kette zerstreut worden. Nach der Reichswehr ist anzunehmen, daß es sich um einen Wolf handelt.

Großfeuer in Rom. Die Continental-Gasmaschinenfabrik in Rom ist durch ein Großfeuer vollständig zerstört worden. Bei der herrschenden Hitze waren die Rohrleitungen der Feuerwehre entzündet, so daß der Brand nicht rechtzeitig gelöscht werden konnte. Der Schaden wird auf eine Million zu geschätzt.

Bei einem Autozusammenstoß tödlich verunglückt. Bei dem Zusammenstoß einer Autobuslinie mit einem Privatwagen in Wittenberg wurde die Hausangestellte Marie Schmidt unter dem umstürzenden Privatwagen begraben und so schwer verletzt, daß sie kurz nach ihrer Anlieferung ins Krankenhaus starb. Führer und Insassen der Wagen blieben unversehrt.

Zusammenstoß von zwei polnischen Dampfschiffen. Gestern stießen in Thorn bei einem Uebungsmanöver zwei polnische Dampfschiffe zusammen und wurden durch einen Stoß von 200 Metern

Zentraltheater Gröba.

Deute Freitag bis Sonntag:

Harry Carey

der König der Comboys, als Sols-

mottoführer des Canada-Expreß, mit

Frankie Darro

dem fünfjährigen Wunderkind, in dem fabelhaftesten aller Sensations-

Filme:

**Die Todesfahrt
des
Canada-Expreß.**

6 Akte aus dem goldenen Westen.

Ferner als 2. Bild:

Lya, das Mädel vom Film.

Der Roman eines Filmstars

in 6 Akten.

Vorfürhrungen 7 und 9 Uhr.

Sonntag 1/5, 7 und 9 Uhr.

Sonntag 3-5 Jugendvorstellung.

Humoristisch. Abend u. Märzenbier-Ausschank

Auf vielseitigen Wunsch gastiert morgen
Sonntag abend 8 Uhr, Sonntag nach-
mittag 4 Uhr und Montag abend der be-
kannte und beliebte Humorist u. Komiker

Max Weiße

im Restaur. Bürgerhof.

N. Biere hell und dunkel. N. Speisen.

Gewöhnliche Stunden versprechend, ladet er-
gebenst ein **Oswald Köhler.**

Achtung! Gasthof Grödel.

Sonabend, 26. Febr., von 7 Uhr an

urfideles Tänzchen

mit Gesangsbeilagen, ausgeführt vom Männer-
gesangsverein „Frohfinn“ Glaubitz.
Freundlich ladet ein **der Vorstand.**

Reichshof Beithain.

Sonabend, Sonntag, Montag

und Dienstag

Bockbierfest.

Sonntag von 1/6 Uhr ab

feiner Ball.

Eintritt: Herren 1 Mk., Damen 50 Pfg.

Dienstag von 7 Uhr ab

Fastnachtsball

Eintritt: Damen 1 Mk., Herren 50 Pfg.

Um gütigen Aufbruch bittet **der Wirt.**

Gasthof Görzig.

Sonntag, 27. Febr., von nachm. 1/3 Uhr ab

großes Preis-Skaten.

Ergedenkt ladet ein **Gerhard Voigt.**

Oschatz Obst- und Beerenwein-

schänke „zum Weinberg“.

Sonabend, Sonntag und

Montag, 26., 27. und 28. 2.

3 Tage am Deutschen Rhein

bei Humor, Musik, Gesang und Wein.

Ergedenkt ladet ein **M. Richter und Frau.**

Wettiner Hof

Sonntag

**Künstler-
spiele**

Familien-Kabarett.

Große mehrfache

Speisekartoffeln

sind aus den Feinen

empfehlen preiswert

Tel. 285. **H. Schnelle.**

So plant die große Saal-
Konzert im Bürgerhof

Gaststätte

„Goldner Engel“

Fernsprecher 363

Inh. Alwin Döderlein

Poppitzer Straße 33.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgebung, sowie allen werten Stammgästen, lieben Freunden und Gönnern zur frdl. Kenntnisnahme, daß wir morgen

Sonabend, den 26. Februar 1927

unsere auf das modernste vorgerichteten Lokalitäten wieder eröffnen. Mit dem eifrigsten Bestreben, auch fernerhin unsere werten Gäste bei angemessener Preisberechnung nur das Beste von Küche und Keller zu liefern, danken wir herzlich für das uns bisher entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen und bitten höflichst, uns dasselbe auch weiterhin bewahren zu wollen. Mit vorzüglichster Hochachtung

N. Biere
und Weine.

Alwin Döderlein und Frau

Gaststätte „Goldner Engel“.

Angenehmer Familienaufenthalt.

N. kalte
und warme
Speisen.

Bezirks-Konsum- und Sparverein „Volkswohl“

e. G. m. b. H. — Riesa — Grossenhain — Orschatz

Unsere

Manufakturwaren-Abt. Riesa

bietet zur

Jugendweihe

und Konfirmation

ein reichhaltiges Lager in

Anzügen, Kleiderstoffen und Herren-Artikeln

Um den Wünschen unserer Mitglieder entgegenzukommen, haben wir in unserem Spezialgeschäft Riesa, Goethestr. 80/82 von der G. E. G. **Neu aufgenommen:**

Schuhwaren aller Art

in reicher Auswahl bis zu den modernsten Damenschuh, feinste Rahmenarbeit, sowie durchgenähte Waren aus nur erstklassigen Fabriken

Waren-Abgabe nur an Mitglieder
Alle Verbraucher können Mitglied werden

Z bleibt Z Gasthof Zschöllau.

Sonntag, den 27. Februar

3 vornehmer Ball

gespielt vom Elite-Tanzsport-Orchester O. Schw. Neueste Tänze. Jazz sowie die alte herrl. Wiener Walzermusik. — Stimmung, Humor. Freundlich ladet ein **S. Nischke.**

Gasthof „Stadt Riesa“ Poppitz.

Sonabend, 26. und Sonntag, 27. Febr.

**3 Karpfenschmaus
und Bockbierauschank.**

— Stimmungsvolle Musik. —
Es laden ergebenst ein **Georg Rikermann u. Frau.**

So schnell und unerwartet ging meine heißgeliebte, edle Gattin, meine liebe, gute Mutti, meine treusorgende Tochter, unsere liebe Schwiegertochter, meine einzige Schwester, unsere liebe Schwägerin und Tante

Frau Käte Thleme

geb. Winkler

heute nachmittag zur ewigen Ruhe ein.
Glaubitz, 24. Februar 1927.

In unsagbar tiefem Schmerze
**Dr. med. vet. Rudolf Thleme
und Töchterchen.**

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 27. Februar, nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause aus. — Beileidsbesuche herzlich dankend abgelehnt.

Die christliche Elternvereingung Weida

ladet ihre Mitglieder zu dem am Sonntag, den 27. 2., abends 7 Uhr im Gasthof Grödel stattfindenden Vortrag: „Das deutsche Volk“ bezügl. ein. Mitwirkende: Kirchen- und Sängerkorps.

Berein für Gesundheitspflege E. S. Riesa

Sonabend, 26. Februar, abends 8 Uhr im Saal „Wettiner Hof“ öffentlicher Vortrag des Herrn Redakteur Oskar Rummert: Berlin über:

Alt werden :: Jung bleiben.

Wodurch altern wir? Wie erhalten wir unsere Jugendfrische und Leistungsfähigkeit? Was ist mit Stetmach-Verjüngung?

Eintritt frei.

Freiberger „Glückauf“.

Zu unserem Sonabend, den 26. Febr., im Hotel Stern (H. Saal) stattfindenden

Fastnachts-Vergnügen

mit verschiedenen Ueberraschungen laden wir hier mit nochmals herzlichst ein. Beginn 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Jung und Lachpolonaise

alt zur Lachpolonaise

im Bürgerhof bei

Max Weiße.

Lebende Karpfen

N. Portionsfleisch

frische Schellfisch.

Carl Jäger, Gröba.

Täglich lebende Karpfen

lebende Schlei

frische Seefische.

Clemens Bürger.

Gasthof Büllnig.

Sonntag, den 27. Februar

Öffentliches Damen-

fastnachtskränzchen

wozu freundlichst einladet

der Wirt.

Gasthof Radewitz.

Sonntag, den 27. Februar

von 1/5 Uhr an

Radio-Konzert

ausgeführt auf einem

größeren Apparat.

Werde an diesem Tage

mit Kaffee, Kuchen und

Getränken bestens auf-

warten. Es ladet hierzu

freudl. ein **W. Kabisch.**

Wer ist auf der Reise?

Komiker **Max Weiße.**

Gasthof Paußnitz

Sonntag, d. 27. Februar

Bockbierfest

mit

Preis-Skaten.

Beginn 2.30 Uhr.

Autobus ab Bf. Riesa 1.15

Autobus ab Bf. Riesa 8.25

Höflichst ladet ein

Zb. Häbler u. Frau.

Wettiner Hof

Saal: Sonntag

Familien-

Kabarett

mit Tanz- und

Künstlerspielen

Winkelkrug Strehla

Sonntag, d. 27. Februar

öffentl. Tanz

Anfang 5 Uhr.

Dienstag, den 1. März

Fastnachtsball

(Damenwahl) Anfang 7 Uhr

Freundlichst ladet ein

Oskar Jurek u. Frau.

„Freie Radler“, Riesa.

Sonabend, d. 26. 2. 27

Fastnachtsvergnügen

im Schützenhaus.

— Anfang 7 Uhr. —

Für Humor und Gesang

sorgt **Max Weiße**

Hundenfang.

F. R.

Sonntag früh 10 Uhr

stellen samtl. Kameraden

aus Abteilung Weida

am Gerätehusen.

Das Kommando.

Die heutige Nr. umfasst

12 Seiten.

Aus den Landtagsausschüssen.

Hd. Dresden. Der Haushaltsausschuss A setzte gestern die Gläubigerarbeiten fort. Abg. Rungisch (Dnol.) erstattete Bericht über Kap. 40, betr. Handel und Gewerbe im allgemeinen und über einen vorkontingierten Antrag, für die Leipziger Messe der Leipziger Muttermesse größere Mittel zuzuteilen. Hierzu beantragte Abg. Dr. Bracht (DVP.) einen weiteren Beitrag von 200 000 Mark bereitzustellen und die Stadt Leipzig zu höheren Zuschüssen aufzufordern. Er erwies darauf, daß ganz vorwiegend das kleinere sächsische Gewerbe seinen Kundenkreis durch die Messe finde, wie zum Beispiel die Spielwarenhersteller, die Blechwarenfabrikation, die Keramik, die ergebirgische Porzellan- und übrige Spezialindustrie. Der herrschende Arbeitsmangel zwinge er dazu, Aufträge ins Land zu ziehen. Von kommunikativer Seite wurden die Subventionen heftig bekämpft und als Unterhütungen an das Interneumtum bezeichnet. Ein Antrag von dieser Seite, derartige Zuschüsse abzulehnen, und seine Mehrheit. — Die Leipziger Muttermesse wurde nicht von rund 25 000 Ausländern besucht. Der Antrag Dr. Bracht wurde abgelehnt, sogar ein Antrag des Abg. Laus (Dcm.), für die Leipziger Messe lediglich weitere 100 000 Mark einzustellen, gewann nur die Stimmen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Die Anfrage werden als Minderheitsanträge im Plenum weiter behandelt werden.

Gegen die Mittel, die etwa zur Unterstützung der Dresdener Jahresschau nötig werden können, stimmten die beiden Ausschüsse. Im übrigen werden die Einstellungen Vorzugsweise genehmigt.

Zur Förderung des Luftfahrwesens sind im Etat 135 000 Mark mehr als 1929 vorgesehen, deren Zuteilung von Abg. Lehmann (SPD.) beantragt wurde. Der Antrag fand keine Mehrheit. Nach Angabe der Regierung sind Luftverkehrsleistungen über Flauen nach Frankfurt mit Verbindung Genf-Aris-London beabsichtigt.

Ueber Kap. 10, betr. Ruhegelder, berichtete Abg. Müller-Hemmnitz. Auf seine Anfragen gab die Regierung Auskunft über die gegenwärtig laufenden Pensionen an Militär und zivile Staatsbeamte aus der Zeit vor und nach der Staatsumwälzung. Dem Ausschuss wird eine schriftliche Aufstellung übergeben. Ein Antrag des Abg. Lehmann (SPD.), die Regierung um eine Neuregelung des Pensionwesens zu ersuchen, mit dem Ziele, auf keinen Fall höhere Pensionen als 5000 Mark pro Jahr zuzulassen, wurde gegen die Stimmen der Rechtspartei angenommen. Der Aufwertungsartikler und der Rechtssozialist enthielten sich der Stimme.

Bei Kap. 57, Ueberbezug und Bergämter betr., wober Abg. Kunath (SPD.) berichtete, entspann sich eine lange Debatte über den Antrag der Abg. Dr. Schmalz (Dnol.) und Müller-Planitz (SPD.) über Bergbaufragen, Erbschaften, Bergarbeiterlohn u. a. Die Einstellungen wurden ebenso wie die Beschlüsse bei Kap. 60, Vermehrungswesen betr., genehmigt.

Eine Debatte wurden verabschiedet die Kap. 20, Oberverwaltungsgericht und 48 Landesverwaltungsamt betr., deren Vorsitzender Abg. Siegert (Dnol.) war.

Reichsnotgemeinschaft Deutscher Ärzte, Landesgruppe Sachsen.

Die Reichsnotgemeinschaft sächsischer Ärzte hielt am Mittwoch eine sehr stark besuchte ordentliche Mitgliederversammlung ab. In der im Mittelpunkt der Erörterungen stehenden Frage

„Ist die freie Arztwahl wirtschaftlich tragbar?“

nahm der Referent des Abends, Dr. Heberer, auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials ausführlich Stellung. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß mit ihm immer wieder geltend gemachten Einwände, daß die freie Arztwahl bei all seinen Vorzügen für die ärztliche Wirtschaftlichkeit nicht tragbar sei, ein für allemal eingeräumt werden müsse. Bei fast 60 Proz. aller Krankenkassen im Reich sei die freie Arztwahl durchgeführt. Die Ermöglichtung dieser Kassen sei genau so günstig wie die der Kassen mit dem fixierten Massenarztsystem. Im Jahre 1914 beliefen sich die Krankenkassen der Krankenkassen auf 20 Proz. der Reichsbevölkerung, 1921 betragen sie trotz zunehmender Ausdehnung der freien Arztwahl nur 17 Proz. Die Ziehernung um 37 Proz. würde jedoch bedeutungslos, wenn man in Erwägung zieht, daß infolge der Erweiterung der Familienversicherung der Umfang der ärztlichen Mehrleistung 1921 dreimal so groß gewesen sei wie 1914. Bräute an die Mehrerhebung für die Familienversicherung in

Abzug. Kann seien die Krankenkassen einschließlich der Ausgaben für Arznei und Krankengeld trotz freier Arztwahl 1921 geringer als 1914.

In das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine rege Aussprache, die schließlich zu folgender Entschliessung

führte:

„Die am 28. Februar in Dresden versammelte, in der Reichsnotgemeinschaft Deutscher Ärzte zusammengesetzten sächsischen Ärzte erließen den Rechtsausschuss des sächsischen Landtags, bei der beabsichtigten Regelung der Krankenkassenarzthonorare auch der Not der nicht zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte zu gedenken. Sie weisen mit Nachdruck darauf hin, daß dem ärztlichen Nachwuchs (in Dresden allein handelt es sich um 200 Ärzte) unbestimmter um eine etwaige Erhöhung der Kassenarzthonorare nach wie vor das versicherungsmäßig jedem Deutschen zukühende Recht auf Arbeit auch weiterhin verweigert wird. Unter der ungerechten und ungerechtfertigten Arbeitsverteilung leidet die Qualität des ärztlichen Nachwuchses in diesem Maße wie die ärztliche Versorgung der Versicherten. Die Landesgruppe Sachsen der Reichsnotgemeinschaft Deutscher Ärzte fordert daher die sofortige gesetzliche Einführung der organisierten freien Arztwahl in ganz Sachsen. Die beabsichtigten Untersuchungen erbringen den Beweis dafür, daß das System der freien Arztwahl, das bei 60 Proz. aller Krankenkassen im Reich eingeführt ist, für die Krankenkassen keinerlei wirtschaftliche Mehrbelastung bedeutet.“

Prozess Jürgens.

Berlin, 21. Februar. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III, Berlin, begann unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombes die Verhandlung gegen den Landgerichtsdirektor Jürgens nebst Frau. Die beiden Ehegatten, die aus der Haft vorüberlassen wurden, mußten in der Angelegenheit weit voneinander getrennt Platz nehmen. An der Verhandlung nahmen auch Vertreter des Justizministeriums teil. Nach Eröffnung stellte der Vorsitzende fest, daß Jürgens in diesem Jahre 61 Jahre und Frau Jürgens 48 Jahre alt werden. Außerdem erklärte der Vorsitzende, daß in einer Reihe von kleineren Fällen die Strafkammer ein Hauptverfahren abgelehnt habe.

Als Jürgens das Wort erhielt, betonte er, daß er sich nicht als Angeklagter, sondern als ein Mann fühle, dem schweres Unrecht zugefügt worden sei, und dem daran gelegen sei, dieses so schnell als möglich aufzuklären. Er sei unschuldig und müsse jegliche Schuld für das Drama, das sich im Gerichtssoale abspielte, ablehnen. Eine unwahre persönliche Debe, vielleicht aus durchsichtigen politischen Beweggründen, vielleicht in der Absicht, der Justiz etwas am Zeuge zu fällen, habe eine Hexa geschaffen und ein Bild entworfen, das mit den Tatsachen in trafen Widerspruch stehe. Mit Politik und mit seinem Dienst habe dieser Prozess nicht das geringste zu tun. Es lägen schwere Justizirrtümer vor, die im Interesse der Rechtsidee wieder gut gemacht werden müßten. Als Angeklagter, so sagte Jürgens weiter, werde er sich streng sachlich äußern. Auch seine Frau halte er für strafrechtlich nicht schuldig.

Darauf erklärte die Angeklagte Frau Jürgens kurz,



Ein Inferat mit zwanzig Worten bringt oft mehr ein, als ein dicker Roman von zwanzig Kapiteln.

„daß sie nicht schuldig sei und keinen Mordverbrechen begangen habe, auch habe sie keinen Betrug begangen und keinen Einbruch fingiert.“

Der Vorsitzende hielt sodann der Angeklagten Frau Jürgens in der Eröffnungsrede eine anerkennende Rede über ihre Schwiegermutter vor, worauf die Angeklagte erklärte, daß dieser Teil der Anklage sachlich unrichtig sei. Ihre Schwiegermutter habe gemußt, daß sie mit der Coparator-Gesellschaft wegen des Abbaus des Geschäftsanteils ihres ersten Ehemannes, des Kaufmanns Kugel, verhandelte. Der Vorsitzende stellt weiter fest, daß Frau Kugel die von ihr beantragte und vom Amtsgericht Kassel auch angeordnete Nachsahverwaltung mit der Verschwendung ihrer Schwiegermutter beauftragt habe, da sie befürchtet habe, daß die ihr zukühenden Anteile aus dem Nachlaß hätten verloren gehen können.

Im Verlaufe seiner weiteren Vernehmung betonte der Angeklagte Landgerichtsdirektor Jürgens immer wieder, daß seine Frau in allen Geld- und Wirtschaftsangelegenheiten vollste Selbstständigkeit gehabt habe und daß sich keine eigenen Konten sämtlich in besser Ordnung befunden haben. Seine Frau sei ihm stets äußerst sparsam erschienen. Es sei ihm schmerzhaft, woher die großen Verpflichtungen seiner Frau gekammt haben.

Frau Jürgens gab auf Befragen des Vorsitzenden an, daß sie selbst nicht wisse, wie das Anwachsen der Schulden zu erklären sei. Ueber ihre Schulden habe sie ihrem Mann nicht alles gesagt, weil sie ihm nach Möglichkeit habe schonen wollen.

Als Frau Jürgens in ihrem fränkischen Zustand den Verhandlungen nicht mehr folgen konnte, verlagte der Vorsitzende die heutige Verhandlung auf Freitag.

Der Barmat-Prozess.

Berlin, 21. Februar. In der Donnerstag-Verhandlung des Barmat-Prozesses wurden Briefe von Julius Barmat aus Paris an Dr. Hellwig vorkommen, in denen u. a. von den großen und schönen Verpfeilungen die Rede ist, die sich in Paris für die Geschäfte der Anzelmia aufstufen. Der Senae, Geheimrat Ruage, äußerte sich zu der geforderten Herausgabe der drei Blankoaktente, die die Staatsbank bekommen hatte, an Barmat: Anfang September 1924 sei Henry Barmat bei ihm erschienen und habe ihm eine diesbezügliche Aktiennotiz vorgelesen. Der Angeklagte Henry Barmat behauptete, Ruage habe diese Notiz wiederholt durchgesehen, verbeßert und sein Stenogramm darunter gezeichnet; dagegen erklärte Ruage, er habe sich gar nicht für belang gehalten, die Wechsel herauszugeben, weil er ihren wahren Wert nicht kannte. Henry Barmat betonte das Gegenteil. Der Angeklagte Dr. Hellwig erklärte, er sei am 10. März 1924 erkrankt gewesen, die Blankoaktente nur mit 600 000 Mark bemerkt zu haben, da diese Wechsel als Blankakt der Deckungsgalten. Senae R.-H. Löwe, Rechtsberater Barmats, erklärte, daß Barmat im allgemeinen für sehr reich gehalten worden sei. Dem Senae Dr. Ruage hat Barmat im Oktober 1924 eine Bilanz seiner Firma vorgelegt, die über 75 Millionen Mark lautete. Auch der Senae, Min.-Rat a. D. Ruage, erklärte, Barmat für einen leistungsfähigen und vermögenden Mann gehalten zu haben.

Die Verhandlungen werden heute Freitag fortgesetzt.

Reichsrats-Beschlüsse.

Berlin, 21. Februar. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag den Gesetzentwurf über den Beitritt des Reiches zu der Uebereinkunft von Montevideo vom 11. Januar 1889 betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst. Dadurch genießen die deutschen Urheberrechte fortan auch im lateinischen Südamerika Rechtschutz. — Angenommen wurde der deutsch-türkische Handelsvertrag. Von Württemberg lag ein Protokoll gegen die Vollermäßigung für Fuhrspische in dem Vertrag mit der Türkei vor. — Weiter wurde angenommen ein Gesetzentwurf, wonach die Herstellung von Jandhölzern, abgesehen von den bestehenden Betrieben und solchen, mit deren Errichtung bereits vor dem 1. Juli 1920 begonnen worden ist, von einer besonderen Erlaubnis des Reichs-wirtschaftsministers abhängig gemacht wird. Dieser Gesetzentwurf soll die deutsche Jandholzwirtschaft vor der Umklammerung durch den schwedisch-amerikanischen Jandholz-trust schützen.

Wort halb wider Willen entschläpft wäre. Da fuhr die Choristin heftig auf.

„Was wollen Sie damit sagen? Womit könnte ich Ihr Bedauern verdient haben?“

„Berzehlung! Es war sehr unbedacht. Betrachten Sie es, bitte, als ungesprochen.“

Das war natürlich das beste Mittel, ihre ungeduldige Spannung bis aufs äußerste zu steigern.

„Rein, ich verlange eine Erklärung!“ rief sie. „Man äußert dergleichen nicht, wenn man nicht einen Grund dazu hat oder zu haben glaubt. Beshalb nannten Sie mich ein armes Kind, als ich Ihnen von meinem Verdiennis mit Herrn Dalbell Mitteilung machte?“

„Ja, wie Sie nochmals, brautem Rosaiba: ertasse. Sie mir die Antwort. Ich habe ja nicht das mindeste Recht, mich um Ihre Herzensangelegenheiten zu kümmern oder gar den wohlmeinenden Warner zu spielen.“

„Wenn Sie mir nicht sagen, was Sie wissen oder denken, so schwöre ich, daß ich das Engagement bei Ihrer Truppe niemals annehmen werde.“

„Kommen Sie mir mit solcher Drohung, so muß ich allerdings reden. Aber ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß Sie mich buchstäblich dazu gezwungen haben. Also, um es kurz zu machen, mein liebes Fräulein! Ich erteile schon in dieser Nacht zufällig die angenehme Gewißheit, daß Ihr Freund der Verwirklichung meiner Wünsche keine Hindernisse bereiten würde. Und es bedeutete mir durchaus keine Ueberraschung zu hören, daß er Ihnen eifrig zugeredet habe, meinen Antrag anzunehmen. Er hatte ja erst vor kurzem zu dem Herrn, mit dem ich über Sie sprach, geäußert, daß er nach einem Vorwand suche, Sie für längere Zeit von hier zu entfernen.“

Lucia war aufgefahren wie eine gereizte Löwin. „Das sollte er gesagt haben? Zu einem Fremden sollte er es gesagt haben? Nennen Sie mir den Namen desjenigen, der es von ihm gehört haben will!“

„Gardon, mein liebes Fräulein — dazu fühle ich mich nicht berechtigt. Aber ich kann Ihnen versichern, daß es ein zuverlässiger Mann ist, an dessen Wahrheitsliebe ich nicht den geringsten Zweifel habe. Und er wiederholte es durchaus nicht etwa, weil er Herrn Dalbell damit zu schaden gedachte. Sie wissen ja, unter manchen Bedemännern legt man eben einer vorübergehenden Dialeon mit einer Dame vom Theater keine allzu große Bedeutung bei.“

„Einer vorübergehenden Dialeon!“ wiederholte Lucia, deren Gesicht jetzt marmorweiß geworden war, mit aufstrebenden Lippen. „Und vielleicht — vielleicht mußte ich

ganz gewiß jetzt mit einem abschlägigen Bescheide fortgeschickt.“

„Unfomehr also bin ich Ihrem vortrefflichen Freunde zu Dank verpflichtet,“ erklärte der Impresario, aber es war ein eigentümlich ironischer Klang in seiner Stimme, der Lucia verwundert aufblicken machte. Es schien, daß sie etwas fragen wollte, aber er ließ sie nicht dazu kommen, indem er fortfuhr:

„Damit weiß ich jedoch immer noch nicht, was Sie meinten, als Sie in bezug auf Herrn Dalbell von mehr als einer bloßen Einwilligung sprachen.“

„Ich habe es doch schon angedeutet. Er hat nicht bloß zugestimmt, sondern er hat mir auf das Eindringlichste zugeredet, hat alle meine Bedenken zerstreut, und ein Interesse an meiner künstlerischen Zukunft bekundet, das ich ihm eigentlich gar nicht zugetraut hätte. Wie hat mir seine lebenswürdige Uneigennützigkeit so viel Bewunderung abgeröhrt als an diesem Vormittag.“

Ein unabweislich sarkastisches Lächeln erschien auf Mr. Frank Reynolds graubärtigem Antlitz.

„Ja, es ist wahrhaft erstaunlich, wie uneigennützig die Männer zuweilen sein können. Hoffentlich geht der verehrte Herr in seiner Selbsterleugnung nun noch einen kleinen Schritt weiter und gewährt Ihnen während der Dauer Ihrer Abwesenheit volle persönliche Freiheit.“

„Volle persönliche Freiheit? Was soll das heißen?“

„Na, es ist doch ziemlich sicher, daß Ihnen überall die ganze Männerwelt hüdigend zu Füßen liegen wird. Und es werden nicht nur schöne und junge, sondern ohne Zweifel auch feinstreiche Männer unter den Kunstenthusiasten sein, die sich um Ihre Günst bewerben.“

Lucias Brauen hatten sich zusammengezogen, und sie schien ernstlich entrüstet.

„Sie verstehen mich vollständig, mein Herr! Und es wäre mir lieb, wenn ich solche Dinge nicht noch einmal aus Ihrem Munde hören müßte. Ich mache mir ganz und gar nichts aus den Hüdigungen anderer Männer. Meine Zuneigung gehört einzig dem Manne, den ich Ihnen als meinen Freund bezeichnet habe, und dem ich schon deshalb unverbrüchliche Treue halten werde, weil ich binnen kurzem seine Frau sein werde. Im Vertrauen kann ich es Ihnen ja mitteilen, daß ich die Verlobte des Herrn Dalbell bin.“

Mr. Reynolds hatte aufgehört zu lächeln, aber in dem Blick, mit dem er sie ansah, war statt dessen jetzt ein Ausdruck des Mittels, der sie in noch höherem Maße befremdete.

„Armes Kind!“ saate er baldlaut, wie wenn ihm das

Pünktlich um drei Uhr setzte der angebliche Impresario die Glocke an Fräulein Lucia Rosalbas Wohnungstür in Bewegung, und er brauchte nur seinen Namen zu nennen, um von der dunkelhäutigen Jose fogleich in Fräulein Lucias Salon geführt zu werden. Die Tänzerin, die ein paar Minuten später erschien, ließ den Besucher mit ihrem lebenswichtigen Lächeln willkommen.

„Es ist Ihnen also wirklich Ernst mit meinem Engagement?“

„Voller Ernst, Fräulein Rosaiba! Haben Sie denn daran gezweifelt?“

„Ach, man erlebt so allerlei. Und wenn man erst einmal geläuscht worden ist, wird man natürlich ein bißchen argwöhnisch. Wollen Sie mir also Ihre Bedingungen mitteilen?“

Die Aufforderung traf den vermeintlichen Schauspielern nicht unvorbereitet. Er zog einen beschriebenen Briefbogen aus der Tasche und legte ihn vor sich auf den Tisch.

„Hier habe ich die Einzelheiten des Vertrages, den wir miteinander abzuschließen hätten, kurz skizziert. Aber ich kann Ihnen auch ganz sicher, daß Sie sich mir zur Verzeigung stellen werden? Sie haben die Einwilligung Ihres Freundes erhalten?“

„Ja,“ lachte sie. „Und eigentlich noch mehr als seine Einwilligung.“

„Noch mehr? Gardon — wie ist das zu verstehen?“

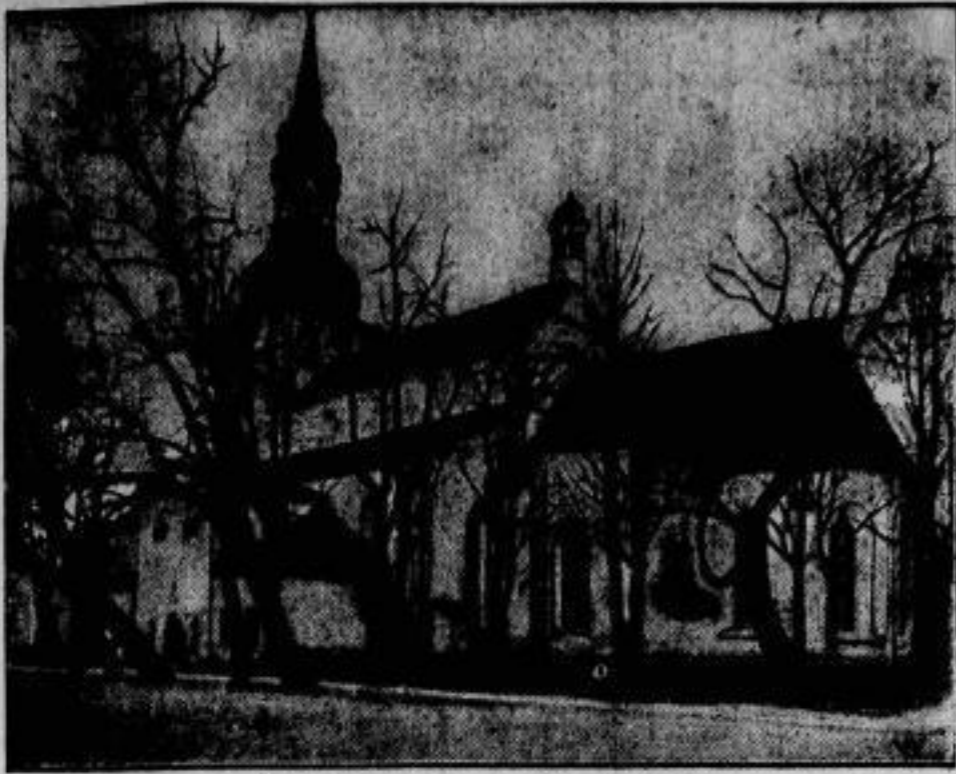
„Nur, warum soll ich Ihnen nicht verraten, daß ich mir eigentlich über Nacht die Sache schon wieder anders überlegt hatte und halb und halb entschlossen war, Ihr Angebot abzulehnen. Es gibt so manches, was mich an einem Reumort festsetzt, und eine solche Tournee, bei der man möglicherweise bis an das andere Ende der Union erschlagen wird, ist immer eine etwas gewagte Sache. Ich stelle, daß ich noch jetzt zweifelhaft werde, wenn ich daran denke.“

„Aber bedenken Sie doch, mein Fräulein: der Künstler, der Ihnen winkt, die glänzenden Einnahmen, die besten Skripten in den Zeitungen —“

Lucia Rosalba wehrte ab.

„Das sind gewiß sehr schöne Dinge, mein Herr! — Aber sie sind bei weitem nicht das wichtigste im Leben einer Frau. Und ich würde nicht daran denken, meine Hand nach diesen Herrlichkeiten auszustrecken, wenn ich nicht die besten Chancen zu verlieren, was mir tausendmal mehr wert ist. Hätten mich nicht die Versicherungen meines Freundes darüber so vollständig beruhigt, ich hätte Sie

Befann mich zu... ich seh... es zu... und fu... es Sie, im He... wachr... Qualen... jener J... Freund... und es... sein, a... komme... zu nem... nicht, i... legen... mich n... Aber i... einer s... bell an... kennen... als er... schänd... sie und... B... nieder... Bafe, e... mögen... werzen... Scherb... E... nehme... teilam... daß es... mit des... stürmer... sich eta... — lebt



Die deutsche Domkirche in Reval enteignet.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenrates die Enteignung der deutschen Domkirche und die Auslieferung der Kirchenschlüssel in Reval abgelehnt hatte, ist die Domkirche von der Polizei gewaltsam geöffnet worden. Die Regierung hat damit die Kirche übernommen.



Shanghai.

Der Haupthafen Chinas, in dem 110 000 in europäischen Fabriken beschäftigte chinesische Arbeiter sitzen und dessen Einnahme durch die nationale Antont-Armee bevoorlicht. Im Vordergrund der rene Schiffsverkehr der Millionenstadt. Im Hintergrund das Hauptpostamt.



Der Jürgen-Brosch.

Jürgen in seiner Hauptmannsuniform während des Krieges.

Der große Brosch gegen Landgerichtsdirektor Bernhard Jürgen und seine Ehefrau Marie Jürgen wegen Kreditbetruges, gewohnheitsmäßiger Diebstahl, Versicherungsbetruges und Meineid, hat begonnen.



Bernard Ciss.

Der Leiter der bekannten Tanzkapelle, deren Tanzmusik schon oft von sämtlichen deutschen Rundfunksendern verbreitet ist, verläßt als glücklicher Ehemann nach der Trauung die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin.



Der neue Vorsitzende des Schuerverbandes deutscher Schriftsteller.

Walter v. Nolo.

zum 1. Vorsitzenden des Schuerverbandes deutscher Schriftsteller wurde der Dichter Walter von Nolo gewählt. Er ist Verfasser eines Schiller-Romans und der Trilogie: „Der Roman meines Volkes“ (1. Bd. „Friedrich“, 2. Bd. „Luis“, 3. Bd. „Das Volk wacht auf“).

Bekannter Ihnen noch mehr über Ettore Dalbelli und mich zu erzählen?"

"Nun ja, es wurde noch allerlei gesprochen. Aber da ich sehe, wie sehr es Sie aufregt, werde ich mich hüten, es zu wiederholen."

Unfähig, sich zu beherrschen, mit geballten Fäusten und funkelnden Augen, trat die Tänzerin vor ihn hin.

"Ich verlange, daß Sie es mir sagen. Was kümmert es Sie, ob es mich aufregt oder nicht! Glauben Sie etwa, im Herzen eines Weibes den fürchterlichsten Verdacht wachrufen zu dürfen, um es dann rücksichtslos allen Qualen der Ungewißheit zu überlassen? Was war es, das jener Bekannte Ihnen über Ettore Dalbelli erzählt hat?"

"Da Sie es durchaus hören wollen: er sagte, Ihr Freund trage sich mit der Absicht einer baldigen Heirat. Und es müsse ihm schon aus diesem Grunde daran gelegen sein, auf die eine oder die andere Art von Ihnen loszukommen."

"Wußte er Ihnen nicht auch den Namen der Person zu nennen, die Ettore zu heiraten beabsichtigt?"

"Den Namen? — Nein! — Ich erinnere mich auch nicht, daß ich ihn danach gefragt hätte, denn die Angelegenheiten des unbekanntem Herrn Dalbelli haben für mich naturgemäß nur ein sehr untergeordnetes Interesse. Aber wenn ich nicht irre, sprach mein Bekannter von einer sehr schönen jungen Dame aus Deutschland, die Dalbelli anscheinlich eines ihrem Bruder widersahrenen Unglücks kennen gelernt hätte."

"Ah — die also! Und ich Narrin gab mich zufrieden, als er mir schwor, daß es nicht die andere sei! O, wie schändlich das ist, wie verbrecherisch und schmachvoll! Aber sie und er — sie sollen mir's beide bezahlen!"

Wie eine Furie stürmte sie jetzt im Zimmer auf und nieder. Und plötzlich ergriff sie eine prächtige japanische Wase, ein antikes Kunstwerk, das sicherlich ein kleines Vermögen gekostet hatte, um sie so ungestüm zu Boden zu werfen, daß sie klingelnd und klirrend in hundert Scherben zerbrach.

"Sie sollten sich die Sache nicht so sehr zu Herzen nehmen, mein liebes Fräulein," beschwichtigte der mitteilsame Mr. Reynolds. "Ich garantiere Ihnen dafür, daß Sie auf unserer Tournee einen Ersatz finden werden mit dem Sie zufrieden sein können. Sie sollten —"

Schritt aufschlagend, hielt sie in ihrem wilden Umherstürmen inne.

"Auf unserer Tournee?" wiederholte sie. "Wirden Sie sich etwa ein, daß ich jetzt noch von hier fortgehen werde — teilt, nachdem Sie mir solche Dinge erzählt haben?"

"Aber, um des Himmels willen," rief er mit gut gespielterm Erschrecken, "Sie werden doch nicht um einer eifersüchtigen Umwandlung willen Ihr Glück verhergen? Ueberzeugen Sie sich doch wenigstens erst, wie glänzend die Bedingungen sind, unter denen ich Sie zu engagieren gedenke!"

Er hielt ihr den beschriebenen Briefbogen entgegen, und Lucia riß ihm das Blatt aus der Hand, um es in Fetzen zu verwandeln, die sie dem armen Impresario höchst respektlos vor die Füße schleuderte.

"Da sehen Sie, was ich jetzt noch nach Ihren glänzenden Bedingungen frage! Machen Sie eine andere damit glücklich. Für mich gibt es jetzt wahrlich anderes zu tun als zu tanzen und zu singen und Komödie zu spielen. Ich kann Sie nur bitten, Ihre Zeit hier nicht länger ganz nutzlos zu verlieren."

Mit tiefgetränkter Miene griff der angebliche Mister Reynolds nach seinem Hut.

"Ich hoffe, Fräulein Rosalba, daß Sie sich noch eines Besseren besinnen werden," sagte er vorwurfsvoll. "Vielleicht spreche ich an einem der nächsten Tage noch einmal bei Ihnen vor, um Ihr letztes Wort in dieser Angelegenheit zu hören."

Sein Abschiedsgruß fand keine Erwiderung mehr, und während er die Tür zuzog, sah er, wie sich die Tänzerin über das Ruhebett hinwarf, die rosigten Nägel ihrer schlanken Finger tief in die Polster grabend.

17. Kapitel.

"Schick ihn fort! — Sag ihm, ich wäre heute und morgen und in aller Zukunft für keinen Menschen zu sprechen! — Nun, was steht du noch immer da, du schwarzes Tier? Soll ich dir mit der Hundepeltze verständlich machen, was ich meine?"

Das war die Antwort, die Fräulein Lucia Rosalba der armen kleinen Jose auf ihre Anmeldung eines neuen Besuchers entgegenzuschleuderte. Bizzie hatte geذgert, den Auftrag sogleich auszurichten, weil sie sich das drauhen empfangene fürstliche Trinkgeld dadurch hatte verdienen wollen, daß sie noch ein gutes Wort für den Abgewiesenen einlegte. Nun aber zog sie sich eilig zurück, denn sie wußte, daß bei ihrer jungen Gebieterin von einer Drohung mit der Hundepeltze bis zum wirklichen Gebrauch dieses gefährlichen Instruments nur ein sehr kleiner Schritt war und wenn auch die Gesetze der Vereinigten Staaten längst verboten, einen Diensthofen zu mißhandeln, wie man vor Jahrzehnten hier seine schwarzen Sklaven nach Belieben hatte züchtigen dürfen, so war ihr doch aus hundert

triftigen Gründen ihre Stellung bei Fräulein Lucia Rosalba so lieb, daß sie auch diesmal wie bei mancher früheren Gelegenheit ihren Rücken geduldig hätte hergeben müssen. "Es ist leider unmöglich, mein Herr — durchaus unmöglich!" sagte sie im Tone aufrichtigen Bedauerns, als sie wieder draußen vor Hubert von Legow stand. "Fräulein Rosalba will keinen Menschen sehen. Und ihre Stimmung ist so schrecklich — oh, so schrecklich — gar nicht zum Lachen."

"So lassen Sie mich ungemeldet eintreten, mein Kind! Denn es ist unbedingt notwendig, daß ich sie spreche."

"Aber sie wird Ihnen etwas an den Kopf werfen — oder auf Sie schreien. Wenn sie ist in einer solchen Verfassung, man kann alles von ihr befürchten."

"Nun, ich werde es darauf antommen lassen," erklärte der beharrliche Besucher, indem er sich schon der Tür näherte, hinter der er vorhin die schwarze Jose hatte verschwinden sehen. Bizzie erhob ängstlich beschwörend die Hände, aber in der Erinnerung an das fürstliche Douceur machte sie keinen ernsthaften Versuch, den Fremden in seinem tollkühnen Beginnen zu hindern, und begnügte sich damit, in den entlegensten Winkel der Wohnung zu flüchten, um wenigstens ihre eigene Person für den Fall einer Katastrophe in Sicherheit zu wissen.

Lucia hatte das Öffnen der Tür gar nicht gehört, und sie drückte erst auf, als Hubert von Legow ruhigen Tones sagte:

"Guten Tag, Fräulein Rosalba! — Ich bitte Sie wegen meines eigenmächtigen Eindringens um Verzeihung."

Nun aber verzerrte sich ihr ohnehin zornentzündetes Antlitz zu einer Grimasse höchster Wut; sie richtete sich auf wie eine sprungbereite Rahe und fuhr ihn an:

"Wie können Sie sich unterstehen, gegen meinen Willen dies Zimmer zu betreten? Wer sind Sie? Und was wollen Sie von mir?"

"Ich bin vorläufig noch Ihr Freund, Fräulein Rosalba. Und mein Besuch sollte mir mehr Anspruch auf Ihren Dank als auf Ihren Unwillen erwerben; denn es ist mein Wunsch, Sie vor sehr ernsten Unannehmlichkeiten zu bewahren."

"Aber ich verlange nichts Derartiges von Ihnen. Ich habe kein Bedürfnis nach Ihrer Freundschaft oder nach Ihren guten Diensten. Und ich erwarte von Ihnen nichts anderes, als daß Sie mich auf der Stelle verlassen!"

(Fortsetzung folgt.)

